

Der Neoliberalismus als neuer Feind des Staates?

Gunnar Zerowsky

Hauptseminar: Geschichte und Zukunft des Staates als politischer Institution

Dozent: Dr. Karsten Fischer

Sommersemester 2005

Inhalt:

1. Einleitung	S.3
1.1 Thesen	S.4
2. Grundlagen	S.5
2.1 Liberalismus	S.5
2.2 Neoliberalismus	S.7
2.3 Staat	S.8
2.4 Wohlfahrtsstaat	S.8
3. Entwicklung der Wirtschaftstheorie	S.11
3.1 Neoklassik	S.11
3.2 Keynesianismus	S.13
3.3 Neoliberalismus	S.15
4. Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen	S.17
4.1 Manchester bis Weltwirtschaftskrise	S.17
4.2 Fordismus und New Deal	S.18
4.3 Reaganomics und geistig-moralische Wende	S.20
4.4 Europa, Sozialdemokratie und die Neue Mitte	S.22
5. Der Neoliberalismus als Hegemoniales Konzept	S.25
5.1 Mont Pèlerin- oder: Von der Idee zur Realität	S.26
5.2 Die Angriffspunkte Neoliberaler Theorie	S.28
5.3 Freiheit: negativ.	S.31
6. Fazit: Die Durchsetzung der eigenen Moderne	S.33
7. Literaturverzeichnis	S.36

i. Einleitung

In der folgenden Arbeit soll eine Auseinandersetzung mit dem hegemonialen neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem im Kapitalismus stattfinden, die einen Überblick über aktuelle Entwicklungen und deren Ursachen gibt.

Anschließend an Gramscis Hegemonietheorie ist eine globale Vorherrschaft neoliberaler Denk- und Wirtschaftsmodelle festzustellen, die über eine gezielte Entwicklung der neoliberalen Theorieschulen und die Umsetzung ihrer Ideen in kapitalistischen Staaten (z.B. Chile, USA, GB) wirkt. Grundlagen dieser Vorherrschaft sind in der Entwicklung des bürgerlichen Kapitalismus' und dessen Akkumulationsregime zu finden. Ihre Wirkungsmächtigkeit ergibt sich aus dem mehr oder weniger starken Widerstand der Menschen gegen diese Vorherrschaft.

Im folgenden sollen in fünf Thesen die Grundlagen neoliberalen Denkens und Handelns kritisch hinterfragt und auf dieser Grundlage dann in den weiteren Kapiteln expliziert werden.

Die Hauptauseinandersetzung zwischen „Rechts“ und „Links“, zwischen neoliberal und alternativ, findet heute vor allem um den Staat und seine Eingriffsrechte in wirtschaftliche Vorgänge statt. Dabei handelt es sich schon um eine abgeleitete Auseinandersetzung, welche die neoliberale Vorherrschaft nur noch verdeutlicht¹. Um diese Auseinandersetzung einzuleiten, wird in einem ersten Schritt die Veränderung liberaler in neoliberale Theorie und der Wandel vom „einfachen“ Nationalstaat in seine Wohlfahrtsvariante dargestellt.

Anschließend wird im zweiten Kapitel ein Parforce-Ritt durch die Entwicklung der Wirtschaftstheorien von der Neoklassik zum Neoliberalismus geleistet, der durch die Darstellung der veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen im dritten Kapitel vertieft wird. Der Bogen spannt sich hierbei von der Entpolitisierung der Ökonomie in der Neoklassik, über deren Scheitern und den Umschlag in die keynesianische Theorie der verstärkten staatlichen Intervention in wirtschaftliche Abläufe, bis hin zur Reanimation und Hypostasierung liberaler Grundannahmen im Neoliberalismus.

Im nächsten Schritt erfolgt dann die Beschreibung des Neoliberalismus' und seiner wissenschaftstheoretischen Ausprägungen in der aktuellen Debatte um die

¹ Die Auseinandersetzung findet um die wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften im Fordismus statt, der selber nur eine Form kapitalistischen Akkumulationsregimes war und entsprechend von links angegriffen wurde. Die gesellschaftliche Situation hat sich allerdings soweit verschoben, das schon die Verteidigung einer anders kapitalistischen Produktionsweise als linksradikal gilt (z.B. die Stigmatisierung der Linkspartei).

Entwicklung zukunftsfähiger Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen. Hier wird vor allem auf die Wege und Möglichkeiten einer Eroberung der gesellschaftlichen Hegemonie durch neoliberales Denken Bezug genommen und die kurze Beschreibung einer der wichtigsten neoliberalen Denkfabriken (Mont-Pèlerin-Gesellschaft) geleistet. Mit dem Fazit sollen dann abschließend Handlungsmöglichkeiten zur Zurückdrängung neoliberaler Hegemonie aufgezeigt und ansatzweise entwickelt werden.

1.1 Thesen

A. Der Neoliberalismus ist tendenziell antidemokratisch.

Das Funktionieren der Gesellschaft beruht nach neoliberaler Ansicht auf privatem Eigentum und seiner Verfügung. Jeglicher Eingriff in diese Grundlage führt zum Versagen des Marktes und in der Folge zum Sozialismus. Zwar gilt „one man one vote“, aber alles Weitere ist privat und damit der gemeinsamen Verfügung entzogen. Demokratische Entscheidungen, Entzug des Eigentums Einzelner durch eine Mehrheit u.Ä. werden abgelehnt. Demokratische Entscheidungen werden nur anerkannt, solange die Grundlagen des liberalen Wirtschaftssystems nicht angetastet werden. Auf diese Tendenzen wird mit der Entfaltung neoliberaler Theorieentwicklung hauptsächlich im 5. Kapitel eingegangen.

B. Der Neoliberalismus ist systemimperialistisch.

Der Neoliberalismus baut auf dem politischen Liberalismus und der neoklassischen Wirtschaftstheorie auf und vereint beide zu einer Weltanschauung. Deren Prinzipien leiten sich aus dem wirtschaftlich-rational handelnden homo oeconomicus ab, und versuchen weltweit alle Beziehungen unter diese Form zu fassen. Der daraus folgende Methodenimperialismus, der sich auf alle Bereiche der gesellschaftlichen Organisation bezieht, wird ebenfalls im 5. Kapitel genauer beschrieben.

C. Der Neoliberalismus ist sozialdarwinistisch und biologistisch.

Für seine Situation ist jeder Mensch selbst verantwortlich, das „survival of the fittest“ die Grundlage des marktvermittelten Wettbewerbs.

D. Der Neoliberalismus als Ideologie ist hegemonial in Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit dem Niedergang der keynesianischen Wirtschaftspolitik und dem darauf aufbauenden Wohlfahrtsstaatsmodell, ist der Neoliberalismus zur vorherrschenden

Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie geworden, die intellektuell wie medial und institutionell vermittelt und aufrechterhalten wird.

E. Der Neoliberalismus ist wohlfahrtsstaatfeindlich.

Regulative Eingriffe in den Markt durch den Staat werden vom Neoliberalismus nicht vollständig abgelehnt, eine wohlfahrtsstaatliche Absicherung größeren Umfangs hingegen schon, vor allem wenn sie nicht marktvermittelt durchgeführt wird. Die Kritik an der heutigen neoliberalen Entwicklung und eine Unterfütterung dieser These findet vorwiegend im 6. Kapitel statt.

2. Grundlagen

Bei der folgenden Begriffsdefinition ergibt sich gleich das erste Problem: Der Liberalismus ist gleichzeitig Gesellschafts- wie Wirtschaftstheorie. Zwar werde ich im 3. Kapitel stärker auf die ökonomische Aspekte des Liberalismus in Abgrenzung zur Neoklassik eingehen, jedoch ist eine Doppelung von Beschreibungen in einigen Punkten unvermeidlich. Besonders ist dies im Neoliberalismus der Fall, der sich zwar vom Liberalismus ableitet, sich wirtschaftstheoretisch aber einerseits eher an der Neoklassik orientiert und damit die Politik zweitrangig behandelt. Auf der anderen Seite aber mit dem ihm innewohnenden methodischen Imperialismus die Politik wieder einbezieht und damit erneut an die ursprünglich liberale Grundlage anschließt. Die Darstellung des Staates und seiner wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsform gestaltet sich da deutlich einfacher, weil die Kriterien und Unterschiede klarer auseinander zu halten sind.

2.1 Liberalismus

Der Liberalismus ist die Grundlage moderner westlicher Gesellschaftssysteme (vgl. de.wikipedia.org: Liberalismus, Nutzinger 1986, Stöger 1997). Freiheit und Gleichheit sind seine grundlegenden Kategorien (und Freiheit ist auch die direkte Übersetzung). Freiheit wird definiert als Freiheit von jeglichen Einschränkungen körperlicher und materieller Art (de.wikipedia.org: Liberalismus, Mill 1995). Zu ihr gehört alles, was nicht die Unterdrückung der persönlichen Freiheit anderer bedeutet. Diese Freiheit muss vom Staat gesichert werden und ist auch die einzige Aufgabe des Staates neben der Eigentumssicherung. Der von Thomas Hobbes eingeführte Begriff des Leviathans für den Staat als vergänglichem Gott, der das Gewaltmonopol inne hat und von den Menschen selbst dazu berechtigt wird dieses auszuüben, ist die Grundlage des

liberalen Staates (vgl. Hobbes 1651, de.wikipedia.org: Thomas Hobbes). Freiheit definiert sich im Liberalismus negativ: Freiheit ist die Abwesenheit von Zwang. Und damit folgt logisch die Definition von Gleichheit: Gleichheit ist die Gleichheit vor dem Gesetz, also die rechtliche Gleichheit, nicht die materielle. Gerade in der Auseinandersetzung mit der Feudalordnung in Europa ist diese Grundkategorie nachzuvollziehen. Die Freiheit unabhängig handeln zu können ist der Auseinandersetzungspunkt gegenüber der Feudalherrschaft und dem Absolutismus (vgl. Stöger 1997 S.56ff). Diese politische Freiheit entsteht im liberalen Denken aber nur unter der Voraussetzung wirtschaftlicher Freiheiten auf den folgenden Gebieten:

1. Privateigentum

Privateigentum ist die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum. Zwei Denkvarianten des Eigentums werden unterschieden: Naturrecht [Der Mensch selbst (Körper) und Freiheit (Entscheidung zu handeln)] und normative Setzungen (Verfügungsgewalt über Sachen, die von anderen Menschen anerkannt oder eben staatlich gesichert wird). Diese Ansätze beinhalten die Überlegung, dass jeder Eigentumsbesitzer also versuchen wird, sein Eigentum zu schützen und zu sichern. Auch ist der Mensch von Natur aus egoistisch und deshalb am erfolgreichsten, wenn er sein Eigentum zu vermehren versucht. Dadurch trägt er gleichzeitig dazu bei, den Wohlstand aller zu vergrößern (Invisible Hand des freien Marktes), weil die Ressourcen auf einem Markt optimal für alle Individuen verteilt werden.(vgl. Smith 1776, www.liberalismus.at, Nutzinger 1986, de.wikipedia.org: Eigentum)

2. Grundrechte:

Gleichheit vor dem Gesetz ist ein wichtiger Aspekt des Liberalismus', der Staat muss Rechtssicherheit und Eigentum gewährleisten, damit Verträge funktionieren können. Dazu muss aber jeder Mensch Vertragspartner sein können und damit die gleichen Rechte haben, weil Willkür zu Marktverzerrungen führt und damit zur suboptimalen Ressourcenallokation.

Darüber hinaus ist eine Gewaltenteilung wichtig, da sonst der Zugriff des Staates auf Eigentum und Ressourcen den Marktmechanismus beeinträchtigt und die Rechtssicherheit durch staatliche Gewalt eingeschränkt werden kann. (vgl. Locke 1689, Montesquieu 1748, Schmidt-Jortzig 2004)

3. Freier Handel und Wettbewerb:

Individuelle Freiheit wird durch wirtschaftliche Freiheit erreicht. Da freier Handel und Wettbewerb die beste Allokation der knappen Ressourcen verspricht, ist jegliche Einschränkung durch Zölle, staatliche Abgaben, Handelsbeschränkungen etc. für den

Wohlstand kontraproduktiv. Außerdem standen historisch hinter diesen Handelseinschränkungen vor allem Interessen privilegierter Adliger bzw. der absolutistische Staat, gegen den der Liberalismus opponierte. So waren z.B. die Akteure des Manchester Liberalismus Verfechter von Freihandel und traten für die Abschaffung der Cornlaws in England ein, die hohe Einfuhrzölle auf Grundnahrungsmittel beinhalteten, um den Preis künstlich hochzuhalten und damit einen Extraprofit der Feudalherren zu ermöglichen, während gleichzeitig Hungersnöte herrschten. (vgl. de.wikipedia.org: Manchesterliberalismus, Smith 1776)

Auch wenn die Grundlage des Liberalismus Freiheit und Gleichheit sind, so gibt es doch auch hier zwei Strömungen in der Interpretation: die angloamerikanische und die kontinentaleuropäische. Sie unterscheiden sich vor allem in der Priorität der Freiheit oder Gleichheit. Die angloamerikanische Variante setzt den Egoismus der Individuen als Grundlage, die zum Gleichgewicht zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft führt. Bentham schreibt 1823 *“The interest of the community then is, what? –the sum of interests of the several members who compose it“*. Im Gegensatz dazu stellt der kontinentaleuropäische Liberalismus die Herstellung von Gleichheit in den Vordergrund und kehrt damit das Begriffspaar um: Freiheit entsteht durch die Herstellung von Gleichheit, nicht umgekehrt. (vgl. Rousseau 1968).

2.2 Neoliberalismus

Der Neoliberalismus knüpft an die Wirtschafts- und Marktmodelle des Liberalismus und der Neoklassik an und fokussiert vor allem auf die angloamerikanische Tradition (vgl. Nutzinger 1986, de.wikipedia.org: Neoliberalismus).

Im Gegensatz zur Klassik und neoklassischen Wirtschaftstheorie des Liberalismus wird aber ein Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Abläufe in bestimmten Situationen für notwendig befunden, jedoch nur beschränkt auf Momente des Marktversagens oder den Verlust von Wettbewerb durch Monopole. Der Neoliberalismus als Theorie unter diesem Namen hatte seinen Ursprung 1938 auf dem Colloque Walter Lippmann, einer Konferenz von Wissenschaftlern und Intellektuellen in Paris, auf der die Verbreitung neoliberaler Grundlagen und Ideen entgegen dem keynesianischen Mainstream beschlossen wurde. Somit war er eine Selbstzuschreibung, auch wenn er heute meist von seinen Gegner benutzt wird (vgl. Plehwe/Walpen 1999 S.23). Das Ziel dieser neoliberalen Gesellschaftsvorstellungen ist die offene Marktgesellschaft der spontanen Ordnung. (vgl. Soros 2001, Hayek

1952, siehe auch 5.2)

Die Unterschiede zwischen Liberalismus und Neoliberalismus lassen sich entlang zweier Linien zusammenfassen: Die primäre Disziplin des Liberalismus ist die Politologie, während sich der Neoliberalismus eher an der Ökonomie orientiert. Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Liberalismus eine prozedurale Demokratietheorie verfolgt, während der Neoliberalismus eine institutionelle Staatskonzeption entwirft (Neue Institutionen Ökonomik, Government, Ordoliberalismus etc.) (vgl. Stöger 1997 56ff.).

2.3 Staat

Der moderne Staat wird durch die Durchsetzung folgender Merkmale konstituiert: Er ist ein Territorialstaat, dessen Grenzen sich historisch entwickelt haben. Der Staat hat ein Staatsvolk, welches in seinen Grenzen lebt und entsprechende Rechte wahrnehmen kann bzw. muss. Dabei übt der Staat bzw. seine Institutionen das Gewaltmonopol aus, d.h. er ist die einzige Instanz, die Gewalt anwenden darf, was wiederum an eine rechtliche Legitimierung gebunden ist, die zuvor kodifiziert wurde. Der moderne Staat ist dabei ein säkularer Staat, d.h. unabhängig in seinem Handeln von religiösen Einflüssen. Es besteht dementsprechend eine Trennung von Kirche und Staat, die sich historisch vor allem aus der Aufklärung und der Entwicklung des kapitalistischen Akkumulationsregimes ergibt, weil traditionelle und religiöse Vorschriften produktivkraftthemmend wirken. Um die ihm zugeschriebenen Aufgaben durchführen zu können, ist der Staat auf Steuern angewiesen, die innerhalb seines Territoriums hauptsächlich vom Staatsvolk erhoben werden. Dieser moderne Staat entstand vor allem in Folge der Renaissance und kann in dieser Ausprägung zuerst im Absolutismus verortet werden. Die heutige Ausprägung des modernen Staates ist durch weitere Merkmale gekennzeichnet, die im folgenden Abschnitt über den Wohlfahrtsstaat genauer beschrieben werden. (vgl. Breuer 1998, Jellinek 1959, Weber 1980, de.wikipedia.org: Konventionen von Montevideo, Oppenheimer 1990)

2.4 Wohlfahrtsstaat

Der Wohlfahrtsstaat ist eine Weiterentwicklung der europäischen Staatsidee im zwanzigsten Jahrhundert, die mehr umfasst als die reinen, oben beschriebenen Kriterien und Aufgaben. Der Wohlfahrtsstaat wirkt weiter als der Leviathan, des durch Gewaltmonopol vertragssichernden liberalen Staates von Smith und Hobbes. Mit Gösta Esping-Anderson will ich drei Modelle von Wohlfahrtsstaaten vorstellen und ihr

Verhältnis zu neoliberalen Ideen darlegen. Esping-Anderson unterscheidet Wohlfahrtsstaaten anhand ihres unterschiedlichen Dekommodifizierungsgrades und der Art der kollektiven Sozialsysteme. Voraussetzung ist der oben beschriebene moderne Nationalstaat, der in unterschiedlicher Art und Weise auf soziale Auseinandersetzungen und Probleme reagiert. Esping-Anderson arbeitet nun eine Einteilung in konservativ-korporatistische, liberale und sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten heraus. Er begründet dies anhand ihrer mehr oder weniger stark ausgeprägten Entkopplung des Sozialsystems vom Markt.

2.4.1 Der liberal-marktorientierte Wohlfahrtsstaat

Soziale Sicherungssysteme wie wir sie heute kennen, sind in den liberal-marktorientierten Ländern erst relativ spät eingeführt worden, ihre Grundlage der sozialen Absicherung beruht auf der Marktförmigkeit. So werden z.B. Renten über Pensionsfonds am Kapitalmarkt gesichert. Arbeitslosenversicherungen sind auf eine sehr kurze Zeit begrenzt (z.B. sechs Monate in den USA) und werden an harte Vergabekriterien gebunden, die oft stigmatisierende Wirkung haben und damit Anreiz schaffen sollen, auf dem privaten Arbeitsmarkt unterzukommen. Der Staat fördert den Markt passiv, indem nur geringe Transferleistungen erbracht werden und aktiv, indem Beihilfen für private Sicherungsformen gezahlt werden. Die wohlfahrtsstaatliche Ausprägung lässt sich als zweigeteilt in 1. marktförmig differenzierte Wohlfahrt der Mehrzahl und 2. eine relative Gleichheit in der Armut der auf Transferleistungen angewiesenen Minderheit beschreiben. Idealtypen für diesen gering dekommodifizierenden Staatstyp sind die USA, Australien und mittlerweile Neuseeland, sowie daran orientiert Großbritannien, Dänemark und die Schweiz.

2.4.2 Der konservativ-korporatistische Wohlfahrtsstaat

Dieses Wohlfahrtsstaatsmodell zeichnet sich durch Sozialpartnerschaft und starke staatliche Gesetzesmaßnahmen aus. Die Renten- und Arbeitslosenversicherung erfolgen über Umlagemodelle, werden paritätisch von Arbeitnehmer und Arbeitgeber gezahlt und eine Mitgliedschaft in den Versicherungen ist Pflicht.

Anknüpfend an den staatlichen Korporatismus der Vorkriegszeit wurde dieses Modell ausgebaut. Das Modell ist vor allem Status erhaltend konzipiert, seine Umverteilungswirkung ist sehr gering. Das Marktmodell spielt so gut wie keine Rolle, dafür aber traditionelle Familienkonzeptionen der Kirchen, die sich am Familienernährermodell und der Familienunterstützung orientieren. Als Beispiele für

dieses Wohlfahrtsstaatsregime sind Italien, Deutschland, Frankreich und Österreich zu nennen.

2.4.3 Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatsmodell wird vor allem in Skandinavien (Norwegen, Schweden, Finnland) verortet. Hier herrscht die größte Dekommodifizierung vor. Dem Dualismus zwischen Staat und Markt und der Absicherung auf niedrigstem Niveau, wird eine Gleichheit auf höchstem Niveau entgegengestellt und bindet damit die neuen Mittelklassen ein, anstatt eine Trennlinie zwischen Arbeiter und Mittelklassen durch Markt und Staatssicherung aufzumachen, wie in den anderen Regimen. Es existiert ein Versicherungssystem, in welches alle einbezogen werden und das sich dadurch großer Solidarität erfreut. Im Gegensatz zum korporatistischen Modell wird hier individuell gefördert und nicht ernährerabhängig. Hinzu kommt eine große staatliche Sozialfürsorge und Betreuung in den Bereichen Alter und Jugend. Um diese Fülle von sozialer Absicherung zu ermöglichen ist dieses Modell sehr stark auf Vollbeschäftigung angewiesen, um sowohl die Kosten für das Sozialsystem nicht steigen zu lassen, als auch hohe Steuereinnahmen zu generieren, die das System finanzieren.

2.4.4 Neuere Entwicklungen und Kritik

Die drei vorgestellten wohlfahrtsstaatlichen Regime sind idealtypischer Natur, zumal durchaus unterschiedliche Ansätze in allen Typen existieren. Hinzu kommt, dass sich seit 1990 einige Veränderungen in den Wohlfahrtsstaaten zugetragen haben, die eine Einteilung in diese drei Typen immer schwieriger machen. Gerade die marktorientierten Entwicklungen in Skandinavien und Mitteleuropa lassen den Unterschied zwischen den beiden Modellen geringer werden. Während in Deutschland kapitalgedeckte Rentenversicherungsanteile eingeführt werden und die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen sukzessive aufgegeben werden, scheint angesichts des demographischen Faktors und der Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen Wert auf eine stärkere Ausrichtung auf die Steuerfinanzierung von Sozialleistungen gelegt zu werden. Dies entspräche eher einer Entwicklung in Richtung des skandinavischen Modells. Auf der anderen Seite werden in den skandinavischen Staaten die Zugangskriterien zum Sozialsystem immer restriktiver und die Leistungen gekürzt, so dass eine Annäherung in Richtung der korporatistischen Regimes stattfindet. Die sozialdemokratisch- universelle Variante

des Wohlfahrtsstaates nimmt weiterhin ab (sie war auch bei Esping-Anderson schon die Kleinste der drei), die liberal marktorientierten Systeme hingegen nehmen zu. Die Einteilung der Wohlfahrtsstaatsregime nach Dekommodifizierungsgrad scheint so allerdings langfristig nicht mehr haltbar zu sein, da die Entwicklung allgemein in Richtung Rekommodifizierung der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen geht. Bestand haben wird meiner Meinung nach allerdings die unterschiedliche Vermittlung der Kommodifizierung über eher korporatistische, steuerfinanzierte und vollständig marktfinanzierte Systeme.

(vgl. Esping-Anderson 1990, Lessenich/Ostner 1998, Apelt/Weiss 2001, Bischoff 2003)

3. Entwicklung der Wirtschaftstheorien:

Um den Neoliberalismus und seine Auswirkungen auf die heutige Gesellschaft zu beschreiben, ist es hilfreich die Entwicklung der Wirtschaftstheorie in einem Dreischritt zu verfolgen und mit der Neoklassik zu beginnen, auf deren wichtigsten Erkenntnissen der Neoliberalismus fußt, auch wenn er sie teilweise verwirft oder weiterentwickelt. Als wichtigste Gegenentwicklung in der Theorie neben der sozialistischen Variante - die hier aus Gründen des Umfangs und der zeitlichen Parallelentwicklung nicht weiter dargestellt wird - ist der Keynesianismus zu beschreiben, der im Marktmodell verbleibt, dies aber deutlich einschränkt und darüber hinaus der direkte wirtschaftstheoretisch dominante Vorgänger der neoliberalen Wirtschaftstheorie war.

3.1 Neoklassik

Die liberale Klassik hatte den Anspruch, Politik und Wirtschaft zusammen zu denken. Dementsprechend stellt Smith auch in seinem Buch „Wohlstand der Nationen“ fest, dass der egoistische Unternehmer das Beste für die gesamte Gesellschaft tut; es war eben politische Ökonomie. Als darauf Marx mit der Kritik der politischen Ökonomie antwortet und erfolgreich klassische Theorie in Frage stellt, wurde darauf reagiert, indem die Politik aus der Ökonomie verbannt wurde und die reine Lehre –eine Modellwelt- der Neoklassik wirtschaftliche Grundlagentheorie wurde. Bewusst ahistorisch und apolitisch, ist sie damit jedoch nicht frei von ideologischer Zielrichtung. Denn das Ausblenden gesellschaftlicher Tatsachen, Verwerfungen und Unterschiede aus dem wirtschaftlichen Prozess ist ein politischer Vorgang, der Kritik

am kapitalistischen Wirtschaftssystem versucht zu verhindern. (vgl. Krätke 1999)

Die neoklassische Wirtschaftstheorie baut auf stark vereinfachten Modellen auf, die viele Aspekte externalisieren. Die Ausgangsgrundlage ist die Annahme, dass der Markt als zentraler Allokationsmechanismus der wirtschaftlichen Entwicklung stabil ist, und immer geräumt wird. Alle Einflüsse auf Marktverhalten wie staatliche Institutionen, soziale Lage und Eigentum der Menschen spielen keine Rolle in dieser Modellannahme. Während die klassische Wirtschaftstheorie eine historisch-dynamische Analyse vornimmt, ist die der Neoklassik mathematisch-statisch. Außerdem besteht ein Unterschied in der Grundlage des Wertes: Die Neoklassik geht von der Grenznutzentheorie aus, während die Klassik die Arbeitswertlehre als Ausgangspunkt nimmt. Daran orientiert bezieht sich die Neoklassik vorwiegend auf den Tausch (Handel), während die Klassik die Produktion mit in ihre Annahmen einbezieht. Während mit Ricardo eine Linie der Klassik begründet wird, welche sich vorwiegend mit der Gesellschaft im Zusammenhang beschäftigt - und aus der dann keynesianische und sozialistische Ansätze hervorgehen -, bezieht sich die Neoklassik in erster Linie wieder auf Adam Smith (allerdings ohne seine politischen Aspekte), der entgegen Ricardo Individuum und Tausch stark macht und ein Marktgleichgewicht annimmt. Auf Smith aufbauend, folgen als Grundlagen das Saysche Theorem (s.u.), sowie der Versuch Marshalls, Angebot und Nachfrage in den „Principles of Economics“ in Einklang zu bringen, um dann bei der modernen neoklassischen Literatur um Leon Walras und Carl Menger und der Grenznutzentheorie zu enden. (vgl. Smith 1776, Marx 1859, Marshall 1890, Ricardo 1979, Schuman 1990. Krätke 1999) Die wichtigsten Annahmen seien im Folgenden kurz vorgestellt:

Sayesches Theorem:

Das nach dem französischen Ökonomen Jean Baptiste Say benannte Theorem besagt, dass der Markt immer geräumt wird, sich Angebot und Nachfrage also die Waage halten und bei freier Aushandlung weder Über- noch Unterangebot möglich sind. (vgl. Mankiw 2001, Woll 1990)

Grenznutzentheorie:

Die Grenznutzen-Lehre Mengers und Walras beruht auf den Gossenschen Gesetzen, die besagen, dass der Grenznutzen eines Gutes pro Zeiteinheit mit steigenden Verbrauchsmengen abnimmt. Da der Mensch ein egoistischer Nutzenmaximierer ist, der versucht seinen Gesamtnutzen zu maximieren, konsumiert er, solange der

Grenznutzen positiv ist; wird er negativ, sinkt der Konsum, woraus sich die individuelle Nachfragekurve und der Preis der Waren wegen Knappheit ergeben. (vgl. Woll 1990)

Vollständige Transparenz:

Der Markt ist im neoklassischen Modell transparent für alle, d.h. alle Informationen über Angebot und Nachfrage sowie Unterschiede etc. sind allen Marktteilnehmern bekannt und offen zugänglich. (vgl. Mankiw 2001, Altmann 2000)

Keine Transaktionskosten:

Auf dem Markt entstehen keine Transaktionskosten. Transaktionskosten fallen an, wenn über Banken geordert wird, Steuern gezahlt werden müssen o.Ä. Diese Kosten kommen im neoklassischen Marktmodell nicht vor. (vgl. Woll 1990, Altmann 2000)

Bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 war die Neoklassik die dominante Wirtschaftstheorie. Mit der anhaltenden Wirtschaftskrise gewann jedoch der Keynesianismus an Boden, da die Neoklassik keine Antwort auf das fortgesetzte Marktungleichgewicht hatte (vgl. Zinn 1997). Es fand keine Marktträumung auf dem Arbeitsmarkt statt, was eigentlich unmöglich sein sollte, wenn ein ansprechendes niedriges Lohnangebot (Millionen Arbeitslose) vorhanden ist (siehe Saysches Theorem). Auf die Krise wurde in unterschiedlicher Weise mit staatlichen Eingriffen reagiert. Während in den USA und Schweden erfolgreich Interventionspolitik im keynesianischen Sinne betrieben wurde, scheiterte der Dirigistische Versuch z.B. Brünnings, in Deutschland durch Senkung der Staatsausgaben, der Löhne und Preise der Krise Herr zu werden. Die dritte Lösungsvariante, die der Verwaltungswirtschaft, bei der die Marktallokation teilweise bis ganz abgeschafft wurde, ist dann im dritten Reich und Japan „erfolgreich“ zur Kriegsvorbereitung (Autobahnbau etc) genutzt worden (vgl. Zinn 1997).

3.2 Keynesianismus

Der von Maynard Keynes vertretene Ansatz stellt eine grundlegende Annahme der Klassik in Frage: Das Sayesche Theorem der Marktträumung. Keynes wirft der Neoklassik vor, dass sie die Theorien des Unterverbrauchs in einen Winterschlaf versetzt habe. Er schreibt: *„Ihre Methode war, das Problem vom Corpus der Wirtschaftslehre abzuweisen, nicht indem sie es lösten, sondern indem sie es nicht*

erwähnten“ (Keynes zit. nach Schui 2002 S.28) Keynes bietet damit eine Lösung für das Problem der Weltwirtschaftskrise, welche die Neoklassik nicht erklären konnte. Die Unterkonsumtion ist für Überproduktion und hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Schui/Blankenburg halten das Fehlen von Realkapital (zur Investition) wie es der Neoliberalismus proklamiert, für ein Problem der noch nicht vollendeten Industrialisierung². In der entwickelten Industriegesellschaft aber nimmt die Nachfrage nach unmittelbaren Konsumgütern einen weit wichtigeren Stellenwert ein und ist stark abhängig von einem hohen Beschäftigungsniveau, also möglichst einer Vollbeschäftigung. Als Lösung gilt es demnach die Nachfrage zu stärken, Keynes schreibt: *„Der Betrag, den das Gemeinwesen für den Verbrauch ausgibt, stützt sich offenbar (...)teilweise (auf) die Grundsätze nach denen das Einkommen(...) verteilt wird.“* Er folgert: *„der Staat wird einen leitenden Einfluss auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch Festlegung des Zinsfußes(...) ausüben müssen“* (Keynes zit. nach Schui 2002). Die Keynesianische Wirtschaftsschule hat also einen grundsätzlich anderen Ansatz als die Neoklassik: der Kapitalismus entwickelt sich krisenförmig, wenn kein regelnder Eingriff stattfindet.

Der Staat soll nach Keynes also versuchen, bei Produktionssteigerungen durch Nachfragestimulation gestiegenen, gesellschaftlichen Output in Beschäftigung bzw. gesellschaftliche Aufgaben zu verteilen (steigender Anteil an staatlichen Dienstleistungen und Investitionen), sowie eine Niedrigzinspolitik zu betreiben, die Kapitalinvestitionen in Produktion fördert.

Dementsprechend muss der Staat antizyklisch handeln, will er die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktion entgegentreten, Massenkonsumtion fördern und damit den Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten. Bei Rezessionstendenzen wird über staatliche Infrastrukturmaßnahmen - meistens im beschäftigungsintensiven Bauhandwerk - zusätzliche Nachfrage geschaffen, damit der Konjunkturzyklus ausgeglichen wird, eine tatsächliche Rezession verhindert und eine neue Aufschwungsphase erreicht werden kann. Nach diesem Modell werden in konjunkturstarken Zeiten Steuerreserven angelegt, die dann in konjunkturschwachen Zeiten zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgegeben werden. Die Theorie fordert staatliche Investitionen und

² *„Arbeitslosigkeit ist hier im Wesentlichen die Folge eines im Verhältnis zur Wachstumsrate der Bevölkerung und der gesamtgesellschaftlichen Produktivität unzureichenden Kapitalbestandes: Der Arbeitsmarkt ist bereits der wesentliche Mechanismus der Existenzsicherung großer Teile der Bevölkerung, aber das Tempo, in dem die Wirtschaft mit industriellem Kapital ausgestattet wird ist noch zu niedrig, um alle vorhandene Arbeitskraft im industriellen Sektor zu beschäftigen“* (Schui/Blankenburg 2002 S.71)

Binnennachfrage, die höhere Löhne unterstützen und staatliche Eingriffe für notwendig halten (vgl. Zinn 1997, Altmann 2000).

Keineswegs jedoch sah Keynes eine Gefahr für den Kapitalismus in seinem System, vielmehr schreibt er, dass neue kapitalistische Techniken erforderlich sind, auch wenn *“(...) viele Anhänger des Kapitalismus häufig übermäßig konservativ(sind) und(...) jede Reform der kapitalistischen Technik, die dem Kapitalismus zu gute käme (...) aus lauter Angst ablehnen, dergleichen könne der erste Schritt zu einer Los-vom-Kapitalismus-Bewegung sein“* (zit nach Schui/Blankenburg 2002 S.20). Keynes sieht durch staatliches Eingreifen einen *„Übergang (ermöglicht) von wirtschaftlicher Gesetzlosigkeit zu einer Ordnung, die bewusst auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt.“* (ebenda).

3.3 Neoliberalismus

Der Neoliberalismus entwickelt sich als Gegenmodell zum Keynesianismus, in welchem die neoliberalen Think Tanks und Theoretiker eine Vorstufe zum Sozialismus sehen, weil der keynesianische Staat eine nichtmarktgerichtete Verteilung des Gesamt-Outputs vorsieht, was quasi eine Vorstufe der Enteignung ist. (vgl. Schui/Blankenburg 2002)

Die grundlegenden vier Pfeiler neoliberaler Wirtschaftstheorie sind die folgenden:

Monetarismus:

Der Monetarismus geht davon aus, dass die Geldmenge von entscheidender Bedeutung für das wirtschaftliche Gleichgewicht auf dem Markt ist. Zuviel Geld führt zur Inflation, zuwenig Geld zur Deflation. Hauptursache für ein Ungleichgewicht sind staatliche Eingriffe, weshalb die Monetaristen für die Unabhängigkeit der Zentralbanken eintreten um den Zugriff des Staates auf die Geldmenge zu verhindern und damit die vorherrschenden Eigentumsverhältnisse (die sich bei Inflation oder Deflation zugunsten oder zulasten der Schuldner oder Verleiher ändern würde) beizubehalten. Ziel ist, die Geldmenge so zu regulieren, dass weder eine Deflation noch eine unkontrollierte Inflation stattfindet (eine geringe Inflation wird toleriert, solange sie unter 2,5% liegt). Die Geldmenge wird dabei durch die Höhe der Zinsen auf Kredite reguliert. Monetaristen sehen darüber hinaus keinen Zusammenhang zwischen Produktion und Geldmenge, vielmehr wird der Markt nach dem Sayschen

Theorem immer geräumt. (vgl. Wikipedia: Monetarismus, Altmann 2000)

Wettbewerb:

Der Wettbewerb ist die Grundlage, auf der im Markt gehandelt wird. Ein Wettbewerb findet nur statt, wenn unterschiedliche Anbieter gleiche oder ähnliche Ware anbieten, um Gewinn zu erwirtschaften und damit Nutzen zu maximieren. Der Wettbewerb findet in einer Marktsituation statt, über die der Erfolg im Wettbewerb sich manifestiert. Ein Monopol schließt Wettbewerb und damit Marktwirtschaft aus, weil durch das Monopol kein Preisbildungsprozess zwischen Angebot und Nachfrage mehr stattfinden kann. (vgl. 2.1, Woll 1990)

Deregulierung:

Um einwandfrei zu funktionieren, darf der Markt, als das zentrale Allokationsinstrument wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reichtums nur sehr bedingt eingeschränkt werden: nämlich nur in Situationen, in denen er aufgrund von externen Einflüssen versagt. Alle darüber hinausgehenden Regulierungen oder Einschränkungen des Marktes führen zu einer mehr oder minder starken Fehlfunktion. Wohlfahrtsstaaten schränken den Markt aus neoliberaler Sicht zu stark ein, was zu einem Kapitalmangel (wegen zu hoher Investitionskosten und zu geringer Gewinnmargen.) und damit zu hoher Arbeitslosigkeit führt. Um dies zu verhindern muss der Markt dereguliert werden und das freie Spiel der Kräfte, also der unkontrollierte Wettbewerb wieder hergestellt werden. Hauptangriffspunkt der Deregulation ist der Arbeitsmarkt und der bürokratische Überbau des Staates (vgl. de.wikipedia.org: Deregulierung, Neoliberalismus, Keller 1999).

Die Quintessenz daraus formuliert sich wie folgt: „*Was von selbst geschieht ist vorteilhaft, was vorteilhaft ist geschieht von selbst*“ (Deregulierungskommission 1990 S.17)

Privatisierung:

Um einen funktionierenden Markt herzustellen, ist es nötig, kollektiv oder gesellschaftlich entstandene Marktteilnehmer zu privatisieren, weil sie den Wettbewerb verzerren oder ungerechtfertigte Monopole haben (Bildungsbereich, Gesundheitsbereich etc). Die Privatisierung zielt darauf, alle Bereiche der Gesellschaft marktwirtschaftlich zu regeln, um die wenigen Versagensmomente des Marktes mit ebenfalls marktregulierten Institutionen zu regulieren, und damit dem Modell des vollständigen Marktes möglichst nahe zu kommen.(vgl. Schui/Blankenburg 2002,

Candeias 2004, Walpen 2004)

4. Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen und Entwicklungstendenzen im 20. Jahrhundert

Um die wirtschaftstheoretische Entwicklung adäquat zu beschreiben, müssen hier auch die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen genauer untersucht und dargestellt werden. Analog zu den vorherrschenden Wirtschaftstheorien können unterschiedliche Phasen der Politik- und Gesellschaftsformation veranschaulicht werden, wobei die neoliberale Phase in zwei gesellschaftlich relevante Wirkungsabschnitte eingeteilt werden muss, einen orthodoxen und einen sozialdemokratischen.

4.1 Manchester bis Weltwirtschaftskrise

Mit dem Manchester Liberalismus (vertreten durch Richard Cobden und John Bright), der ausgehend von England eine strikte Freihandelspolitik verfolgte, beginnt der Siegeszug des wirtschaftlichen Liberalismus und damit auch der bürgerlichen Gesellschaft. In England profitierte vor allem der Adel von Zollgesetzen, z.B. auf Getreide, was die Preise hoch hielt und Hungersnot und Armut unterstützte. Der geforderte Freihandel erfreute sich denn auch hoher öffentlicher Zustimmung. Dass der Freihandel sich in England durchsetzte ist kein Wunder, war Großbritannien doch eine koloniale Großmacht, militärisch wie wirtschaftlich damit sehr konkurrenzfähig und hegemonial, insofern sie alle Vorteile des Freihandels auf ihrer Seite hatte. In Deutschland und Frankreich setzte die industrielle Entwicklung und die Ausbreitung des Liberalismus und seiner Freihandelsidee -bedingt durch spätere Nationalisierung (Deutschland) und größere staatliche Interventionskultur (Deutschland und Frankreich) sowie eine eher an der französischen Revolution kollektiv-ideell denn ökonomisch orientierten Freiheitsidee (Frankreich)- erst später durch. Gerade in Deutschland entwickelte sich der Außenhandel und damit der Export von veredelten Rohstoffen zum wichtigsten Markt, sollte eine wenigstens ausgeglichene Handelsbilanz erreicht werden, da große Importe an Nahrungsmitteln und Rohstoffen nötig waren um das Wachsen von Bevölkerung und Lebensstandard weiter zu ermöglichen (vgl. Walter 2003).

In der Vor-Weltkriegszeit wuchs die Wirtschaft, und auch die einfache Bevölkerung hatte an (sehr) bescheidenem Wohlstand teil (bismarcksche Sozialgesetze etc.). Außerdem stiegen die Ausgaben für den militärischen Bereich deutlich (der Jahresetat

in Deutschland betrug 1913 nahezu soviel wie der ganze Krieg 1870/71 gekostet hatte). In Folge des Krieges fand eine Entflechtung der internationalen Arbeitsteilung statt, die zu einem Einbruch der Produktion und wirtschaftlichen Entwicklung führte und darüber hinaus die Verschuldung Deutschlands durch die Kriegsanleihen um das 30fache wachsen liess. Zusätzlich wurde die wirtschaftliche Entwicklung in der Nachkriegszeit in Deutschland durch Reparationszahlungen, politische Instabilität und eine starke Inflation erschwert, von den politischen Schwierigkeiten in der Weimarer Republik einmal ganz abgesehen. (vgl. Walter 2003, Conert 1998) Während in den zwanziger Jahren vor allem durch amerikanische Kredite ein wirtschaftlicher Aufschwung festzustellen war, änderte sich dies mit der Weltwirtschaftskrise 1929 schlagartig. Rolf Walter schreibt:

“Der 25.10.1929 ging als schwarzer Freitag in die Wirtschaftsgeschichte ein. Der Wiederaufbau Europas nach dem ersten Weltkrieg, aber auch die (die) Reparationsverpflichtungen Deutschlands wurden in erheblichem Umfang durch amerikanische Banken finanziert. So war die weltwirtschaftliche Situation am Ende der 20er Jahre durch eine weitgehende Abhängigkeit der europäischen Wirtschaften von der amerikanischen Konjunktur gekennzeichnet. Aufgrund des lang anhaltenden Aufschwungs in den USA führten unrealistische Gewinnerwartungen im Konsumgüterbereich und in der Bauwirtschaft zu Überkapazitäten, ohne die tatsächliche Marktlage zu beachten. Als in Amerika der Absatz langlebiger Verbrauchsgüter ins Stocken geriet, kam es zu dramatischen Kursverlusten am Kapitalmarkt. Dies führte binnen Tagen zu einer Panik, die sich am 23. Oktober bereits andeutete, sich am Folgetag(Black Thursday) steigerte und schließlich am 25. Oktober 1929, dem so genannten „Schwarzen Freitag“, ihren Höhepunkt erreichte und zu einem bis dahin nie gesehenen „Crash“ an der New Yorker Börse führte. Da die Banken nun von überall ihre kurzfristigen Kredite zurückriefen, weitete sich die Krise rasch auf Europa aus. Die einsetzende weltweite Depression hielt für Jahre an und destabilisierte insbesondere die Weimarer Republik.“(Walter 2003 S.170)

4.2 Fordismus und New Deal

Der Fordismus geht zurück auf die von Ford zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführte Fließbandproduktion der so genannten Tin Lizzy (eines einfachen Automobils) in Amerika. Die Fließbandproduktion ermöglichte gegenüber manufakturerischer Arbeit große Produktivitätszuwächse. Mehr Autos konnten in weniger Zeit in besserer Qualität und zu niedrigerem Preis gebaut werden. Hinzu kam

eine Gehaltspolitik, die sehr fortschrittlich war und es über höhere Löhne den Arbeitern ermöglichte, selbst die produzierten Autos zu kaufen und an wirtschaftlichen Erfolgen teilzuhaben. (vgl Gruppe Demontage 1997)

Mitte der 30er Jahre wurde die fordistische Produktionsweise durch den so genannten New Deal politisch unterstützt. Roosevelt legte in den USA ein staatliches Nachfrageprogramm auf, das sich auf der Unterkonsumtionstheorie von Maynard Keynes stützte und starke staatliche Investitionen³ vorsah, um die Binnennachfrage zu erhöhen und damit Wachstum und die Markträumung zu ermöglichen. Während lange Zeit die Binnennachfrage keine Rolle spielte, weil der Lohn in großen Teilen der Gesellschaft (v.a. bei Arbeitern) zur reinen Reproduktion reichte, spielt sie mit steigendem Einkommen (Fahrstuhleffekt) eine immer größere Rolle (vgl. Zinn 1997).

Die fordistische Produktionsweise wurde in den USA und Europa zur vorherrschenden und ermöglichte immer breiteren Schichten die Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Arbeitslosigkeit nach dem Krieg war gering, die Lohnentwicklung stetig steigend, die Zukunft Erfolg versprechend (vgl Aglietta 1997). Diese Grundlagen setzten eine Aufstiegsorientierung bei Arbeitern und Angestellten in Gang, die durch bessere Bildungsbeteiligung und sich entwickelnde Individualisierungstendenzen gekennzeichnet war und eine Entkoppelung des alten Ideologiezusammenhangs der Klassengesellschaft ermöglichte. Während die Klassen früher qua Geburt legitimiert wurden, wandelte sich dieser Zusammenhang in die Legitimierung qua Leistung. Vom Tellerwäscher zum Rentner mit Häuschen und Garten - wenn denn die Leistung stimmt (vgl Vester 2001, Beck 1986).

Mit der Krise der fordistischen Produktionsweise und der damit verbundenen Umwandlung von Industrie- in Wissensgesellschaft ab Mitte der 70er Jahre, gerät allerdings das fordistisch-keynesianische Modell in Probleme und gerät politisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich unter Druck. Durch den hohen Sockel an Dauerarbeitslosigkeit, der auch in konjunkturstarke Zeiten nicht abgebaut wird⁴ , fallen durchgehend höhere „Sozialkosten“ an. Die Produktivkraft steigt trotz bzw. wegen des stattfindenden Arbeitsplatzabbaus, und die Börse honoriert jeden entlassenen Arbeitnehmer. Die Länge der festen Arbeitsverhältnisse sinkt, mehrere

³ Das bekannteste Beispiel ist der Hoover-Staudamm, aber auch der starke Ausbau der Eigenheimförderung und damit die Unterstützung der Bauwirtschaft.(vgl. Zinn 1997)

⁴weil durch mittlerweile stattfindende Hochzinspolitik die Anlage am Geldmarkt höhere Gewinne erwirtschaftet als eine Produktionsinvestition, wodurch Investmentfonds und Banken doppelt verdienen, weil sie nun zusätzlich Staatsanleihen mit hohen Zinsen nutzen, die wiederum die Verschuldung erhöhen und die Zinsen auf weitere Kredite steigern(vgl. Schui/Blankenburg 2002 S.45)

Phasen von unterschiedlichen Stellungen im Arbeitsmarkt - von Arbeitslosigkeit über prekäre Beschäftigung bis zum versicherungspflichtigen Festarbeitsplatz - sind Teil des Lebensverlaufs. Die so genannten „Normalarbeitsplätze“ weißer Männer mit 40 Stunden-Woche, die eine ganze Familie lebenslang ernähren, gehen verstärkt verloren. Die Nutzung der Sozialsysteme, die ursprünglich dazu ausgelegt waren, „schlechte Zeiten“ zu überbrücken, wird auf Dauer in Anspruch genommen und durch immer weniger Arbeitsplatzinhaber getragen. Gleichzeitig wird der Arbeitgeberanteil in den paritätischen Versicherungssystemen gesenkt oder ganz abgeschafft, wodurch eine weitere Belastung der durch angeblich hohe Kosten unter Druck geratenen versicherungspflichtigen Arbeitsplätze stattfindet. Mit dieser Entwicklung entsteht eine Abwärtsspirale sozialer Sicherungssysteme und eine Rekommodifizierung bisher gegen das Kapital erkämpfter staatlicher Aufgabenbereiche. (vgl. Wikipedia/Keynesianismus, Schäfers 1995, Gruppe Demontage 1998)

4.3 Reagonomics und geistig-moralische Wende

Die 80er waren politisch konservativ-liberal geprägt. Die Übernahme der Bundesregierung durch Kohl 1982, Maggie Thatchers Torrie-Regierung und Ronald Reagans Wahlsiege in den USA manifestierten den Wechsel weg von den sozialdemokratisch und keynesianisch geprägten 70er Jahren. Massiver Abbau von Arbeitnehmerrechten, Zerschlagung der Gewerkschaften, Rücknahme von sozialen Sicherungs- und Chancengleichheitsmaßnahmen sowie eine verstärkt austeritäre Geldpolitik waren die Hauptarbeitsfelder dieser Regierungen.

Damit wandelt sich der wirtschaftstheoretische Mainstream, als Reaktion auf die (durch die Änderung der Produktionsweise) nicht mehr funktionierende staatliche Interventions- und Sozialpolitik in Richtung Neoliberalismus. In seinem neuen Gewand wird der Liberalismus jedoch von jeglichen von Smith festgehaltenen Einschränkungen befreit und in reiner Form als Neoliberalismus wieder auf die wirtschaftstheoretische und politische Tagesordnung gesetzt. Der Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft läuft „Hand in Hand“. Die neue nachfordistische Produktionsweise unterhöhlt die Grundlagen der auf Vollbeschäftigung und langfristige Beschäftigungsverhältnisse aufgebauten Sozialsysteme. Die Reaktion der Politik ist die Unterstützung dieser neuen Produktionsweise und der weitere Ab- und Umbau sozialer Absicherungen, vorgeblich aus Kostengründen (v. a. hohe Staatsverschuldung, die vor allem für austeritäre Geldpolitik negativ erscheint.)

Entgegen dem keynesianischen Modell ist im neoliberalen Modell fast jegliche

staatliche Intervention in der Wirtschaft unerwünscht, um im freien Spiel der Marktkräfte die bestmöglichen Ergebnisse zu erhalten (auch wenn staatliche Subventionen weiterhin gern gesehen sind, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen).

Die reine Expansionspolitik der Wirtschaftsunternehmen geht zurück, nachdem große Teile des Weltmarktes gesättigt sind. Eine neue Möglichkeit wieder höhere Renditen zu erzielen ist die Rekapitalisierung von bisher staatlich organisierten Strukturen und Aufgaben. Die neoliberale Konzeption fordert die Privatisierung von staatlichen Betrieben, Aufgaben und Regulierungsmöglichkeiten und die Reduzierung staatlicher Kontrolle auf Rechtssicherheit von Verträgen und Eigentum. Außerdem soll ein Rückzug des Staates aus der direkten Kontrolle hoheitlicher Aufgaben wie Verteidigung und innerer Sicherheit stattfinden, indem er nur die Rechtsaufsicht und Kontrollfunktion beinhaltet, die Aufgabe selbst jedoch als Dienstleistung vergibt (vgl. Folke-Schuppert 1995, Beste 2000). Die Privatisierung von ehemaligen Staatsunternehmen, wie Bahn, Post, Telekom, Wasserbetrieben und Müllabfuhr sind allgegenwärtige Beispiele für diese Entwicklung. Während der keynesianische Staat gesellschaftspolitische Ziele verfolgt hat, die auf Beteiligung, Wohlstandmehrung und Kontrolle durch das Gemeinwesen abzielte, ist der neoliberale Staat nur noch zur Sicherung privater Interessen und Wahrung rechtlicher Sicherheit nötig. Das Gemeinwohl verschiebt sich auf das, was der Markt benötigt und Unternehmen zu Gewinnen verhilft. Der schon von Bebel zynisch so genannte „Nachtwächterstaat“ ist das theoretische wie praktische Ziel. (vgl. Wikipedia/Neoklassik 2005 und Wikipedia/Neoliberalismus 2005, Schäfers 1995, Keller 440ff.)

Mit der Individualisierung und dem Wachstum des Staatssektors, sowie den hohen Lohn-„nebenkosten“ steigen die Kosten für die Massenproduktion. Der Anteil der Lohnkosten im Vergleich zum investierten Kapital nimmt zu, die Automatisierung steigt, die Profitrate sinkt. Die Nachfrage nach Produkten wird individueller, worauf folgerichtig mit der Änderung in der Produktionsweise reagiert wird. Diese Änderung geht langsam vonstatten und zeigt sich als Umbruchsituation. Während weiterhin Anteile der alten fordistischen Produktionsweise vorhanden sind, bilden sich neue Varianten, die auf andere Methoden, Zielgruppen und Modelle setzen. Diese sind allerdings noch nicht vorherrschend, eine Veränderung im Akkumulationsregime jedoch erkennbar. Angesichts der unklaren Entwicklung, der noch nicht eindeutig hervortretenden Hauptmethode der Produktionsweise wird dieser Wandel als der Wandel vom Fordismus zum Postfordismus bezeichnet. Im Postfordismus entwickelt

sich eine andere Art der Kapitalakkumulation, die verstärkt auf Dienstleistung, individuelle Fertigung und immaterielle Arbeit setzt, während Distribution und die Wissensproduktion zu vorherrschenden Faktoren werden (vgl. Moeller 2002, Negri et al 1998). Daran wird deutlich, dass dies alles Bereiche sind, in denen wieder ein hoher menschlicher Arbeitskraftaufwand gefordert ist und damit die Profitrate steigt. Gleichzeitig aber werden für diese Arbeitsfelder weniger Arbeitskräfte gebraucht als in der Massenproduktion. Eine Spaltung des Arbeitsmarktes in die zur Produktentwicklung nötigen Kernbelegschaften und die prekären Arbeitsplätze, die konjunkturabhängig benötigt werden und schlechter bezahlt sind findet statt (vgl. Gruppe Demontage 1998). Damit entsteht eine Spaltung der Nachfrage auf dem Immobilienmarkt und beim Reproduktionskonsum. Immer weniger Arbeitnehmer können sich hohe Mieten und teure Anschaffungen leisten, was unter anderem zu einer zusätzlichen sozialräumlichen Spaltung gerade in großen Städten führt (vgl. Ronneberger et al 1999) und die Inlandsnachfrage sinken läßt, worunter die Konjunktur in Deutschland seit 1996 leidet.

4.4 Europa, Sozialdemokratie und die neue Mitte

Mit der Abwahl vieler konservativer Regierungen ab Mitte der neunziger Jahre wurde viel von der Renaissance des Sozialen gesprochen. Großbritannien, Frankreich und Deutschland wurden wieder von Mitte- Linksregierungen geführt, die mit einer sozialeren Politik punkten wollten. Die gewandelte und moderne Sozialdemokratie (New Labour) setzte vor allem an den schon stattgefundenen konservativ-neoliberalen Veränderungen im Sozialsystem an. Während Tony Blair in Großbritannien direkt dort weitermachte, wo Maggie Thatcher aufgehört hatte, dauerte der Schwenk zurück zur konservativ-neoliberalen Politik in Deutschland noch etwas über ein Jahr, während dem einige Reformen der Vorgängerregierung zurückgenommen wurden. Dann jedoch setzte auch hier die Weiterführung des Sozialabbaus neuer Art ein. Frankreich bildet eine Ausnahme, dort musste erst die linke Regierung abgewählt werden, nachdem Jospin bei der Präsidentschaftswahl „unterging“ (vgl. Schmid 2002, Gratz 2002). In diese Zeit fällt das Schröder-Blair-Papier, das an der sozialdemokratischen Tradition des dritten Weges andockt (vgl. Schröder/Blair 1999). Während dieser ursprünglich jedoch ein Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus sein sollte, setzte der dritte Weg von Schröder und Blair zwischen Neoliberalismus und „sozialer“ Marktwirtschaft an. *„Nicht alles anders aber vieles besser machen“*, damit wurden die Wahlen gewonnen und so sollte auch regiert werden. Träger der Veränderung und

Modernisierung von Staat und Wirtschaft sollte die neue Mitte sein. Ähnlich dem dritten Weg zwischen rechts und ganz rechts war die neue Mitte das sozialstrukturelle Gegenstück zur dritten Weg -Theorie. Die neue Mitte bestand aus neuen Arbeitnehmern, Aufstiegsorientierten, Jungen und Erfolgreichen. Also ein Großteil der arbeitenden Gesellschaft und damit wahltechnisch genug um eine politische Mehrheit zu ermöglichen. Gleichzeitig aber war die neue Mitte auch ein Projekt zur Nivellierung von Klassengrenzen und der Organisation konkret eigener Interessen. Das Projekt hatte das Ziel Gegensätze zu überspielen und mediale Gemeinschaft zu schaffen, während die umgesetzte Politik das genaue Gegenteil bedeutete.

Die vorgeblichen Kernpunkte waren der Abbau der Arbeitslosigkeit und damit die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (vgl. Heise 2002). Die Arbeitslosigkeit ist in dieser Argumentation vor allem ein Problem zu hoher Lohnnebenkosten und Sozialstandards im internationalen Vergleich, und einer zu teuren und überbordenden Bürokratie, weshalb die Forderungen der Regierungen und Arbeitgeberverbände auch Lohnzurückhaltung und der Umbau des Sozialsystem sind⁵. Statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen sollte wieder Arbeit bezahlt werden, um die Menschen schneller wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Dazu wurden „welfare to work“ –Programme (vgl. Agenda 2010 in Deutschland, New Deal for 18-24 year olds in Großbritannien) aufgelegt, die bei der Verweigerung der Teilnahme eine Kürzung der staatlichen Hilfe vorsehen. In Großbritannien wurde besonders die Kürzung des Unterhalts für allein erziehende Mütter in diesem Zusammenhang kritisiert. In Deutschland wurde die konkrete Umsetzung der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die praktische Einführung eines Niedriglohnsektors erst mit der Durchsetzung der „Agenda2010“ in der zweiten Amtszeit der Regierung Schröder endgültig durchgesetzt. Desweiteren erfolgte

⁵ Interessanter Weise gleichen sich die Forderungen von Regierung und Wirtschaft von Heute mit denen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie von 1931: „Der wirtschafts- und Finanzplan[...] der Regierung[...] ging von der Feststellung aus, das die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gesteuerungskosten einer Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt und damit auch der Gesundung der deutschen Wirtschaft hemmend im Wege steht.[...] Die deutsche Sozialpolitik muss endlich den seit Jahren von ihr eingehaltenen verhängnisvollen Weg der fortgesetzten Erhöhung der Einnahmen und der Leistungen der Sozialversicherungsträger aufgeben und das Ziel verfolgen, die Ausgaben ohne Zuschüsse aus dem Reichsetat zu decken. Das kann aber nur durch eine Senkung der jetzt weit überhöhten Leistungen geschehen.[...] Die gegenwärtige Wirtschaftslage verlangt mehr als je eine Auflockerung der bestehenden Erstarrung auf dem Gebiet von Lohn- und Arbeitszeit, wenn es gelingen soll, in unserer Selbstkostengestaltung das Ziel zu erreichen, das [...] der Regierung vorgeschwebt hat. Wir halten die bisher durchgeführten Lohnsenkungen in ihrer Auswirkung noch nicht für zureichend. Die Selbstkosten müssen von der Lohnseite eine weitere Entlastung erfahren. Nur auf diesem Wege kann auf die Dauer eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Vermehrung der Arbeitsplätze erzielt werden“ (zit. nach Zinn 1997 S.41)

zusätzlich ein Umbau der sozialen Sicherungssysteme, der einen Wechsel vom korporatistischen Wohlfahrtsstaat in Richtung des kommodifizierteren liberal-marktwirtschaftlichen Wohlfahrtsstaates angloamerikanischer Prägung erkennen lässt (siehe 2.4). Die Umstellung der paritätisch finanzierten Versicherungssysteme von Umlage- und Versicherungsleistungen in kapitalgedeckte Rentenversicherung und zunehmend rein arbeitsnehmerfinanzierter Krankenversicherung, sind nur einige Beispiele dafür (vgl. 2.4). Die gleichzeitig stattfindende Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe ist zwar endlich die Aufhebung der Trennung von Armen- und Arbeitslosenpolitik und damit der zusätzliche Zementierung von Ungleichheiten. Jedoch findet statt einer Angleichung nach oben -Arbeitslosengeld- eine Angleichung nach unten -Sozialhilfe- statt.

Gleichzeitig ändert sich auch die Aufgabenwahrnehmung durch den Staat. Mit der Privatisierung der Staatsunternehmen und der Durchsetzung des europäischen Binnenmarktes, setzte eine zunehmende Vermarktlichungstendenz vormals gesamtgesellschaftlicher, bzw. staatlicher Aufgaben ein (vgl. Butterwegge et al. 1999). Der Staat zieht sich sukzessive aus den Versorgungsbereichen des täglichen Lebens als Direktanbieter auf eine Ebene der Kontroll- und Aufsichtsfunktion zurück. Beispiele hierfür sind die Privatisierungen im Telekommunikations-, Energie-, Wasser- und Verkehrsbereich, wo ehemals staatliche Unternehmen privatisiert werden und eine staatliche Kontrollbehörde eingesetzt wird, die die Rahmenbedingungen für den „neuen Markt“ festsetzt. Gunnar Folkert-Schuppe konstatiert folgerichtig einen Wandel in der Verwaltungspolitik und im Regulationsbereich, sieht jedoch nicht unbedingt einen Kontrollverlust, sondern in liberaler Tradition einen Konzentrationsprozess auf Kernaufgaben. Diese werden vom Staat selbst vorgehalten, während die weiteren Staatsaufgaben mit abnehmender Wichtigkeit weniger staatlich kontrolliert werden.

Während mit dem Erfolg der neuen Sozialdemokratie und des dritten Weges teilweise vorschnell der Sieg über den Neoliberalismus gefeiert wurde, verweisen Candeias und Schui darauf, dass im Gegenteil der dritte Weg von Schröder-Blair nur die zweite Etappe zur neoliberalen Gesellschaft markiert, die nicht mehr mit der Brechstange der Orthodoxie, sondern mit Mitteln der Feinsteuerung und den Erfolgen des kulturellen Wandels agiert. Candeias beschreibt diesen Umbruch auf der politischen Seite als Wandel vom orthodoxen zum „sozialdemokratischen“ Neoliberalismus (Candeias

2004 S331 ff), der erfolgreich zuvor politische Kategorien endgültig entpolitisiert („*Es gibt kein rechts oder links, es gibt nur richtig oder falsch*“ Schröder 1998). Und Schui/Blankenburg halten über den neuen „Dritten Weg“ fest: „*In seiner „gerechten Gesellschaft“ ist jeder seines Glückes Schmied. Die Teilhabe am Markt ist Sache der Eigeninitiative: Jeder, der will, kann Arbeit finden, wenn er oder sie sich nur genug anstrengt. Die Grundwerte der neoliberalen Weltsicht – Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Privatheit und negative Freiheit- haben reformerische Wertvorstellungen, wie Solidarität, Partizipation und Emanzipation ohne jede Zweifel erfolgreich verdrängt. An die Stelle von organisierter Interessenvertretung und öffentlicher Debatte ist die schweigende Gemeinschaft der „Steuerzahler /in“, der „AktieninhaberInnen“ und der Leistungsträger getreten; öffentliche Beamte und Staatsangestellte sind zu „Managern geworden“* (Schui/Blankenburg 2002 S.176). Mit der Verlagerung staatlicher Aufgaben in die „Zivilgesellschaft“, wie der dritte Weg sie stark macht, wird eine Verstärkung neoliberaler Vorstellungen betrieben. Konkret heißt dies die Individualisierung kollektiver Probleme. Wohlfahrt und Unterstützung von Armen und Kranken ist nach neoliberaler Auffassung eine private Angelegenheit. Mit der immer stärkeren Verlagerung dieser Aufgaben aus der direkten staatlichen Zuständigkeit bzw. der Vermarktwirtschaftlichung auch dieser Bereiche (ein Schelm wer Böses bei der Unterstützung von „City Harvest“-Projekten durch McKinsey denkt...), wird genau der neoliberalen Idee der Individualisierung von Risiken gefolgt. Die Verlagerung grundlegender Staatsaufgaben in einen zivilgesellschaftlichen Rahmen ist aber nicht etwa ein Gegenmodell zu neoliberalen Individualismus und Egoismus, sondern vielmehr die genaue Umsetzung dieses Modells (vgl. Schui/Blankenburg 2002 S.181).

5. Der Neoliberalismus als Hegemoniales Konzept

Für die folgende Beschreibung neoliberaler Theorie und Akteure beziehe ich mich hauptsächlich auf drei Texte⁶ die den Komplex Neoliberalismus besonders umfassend beschreiben. Während Plehwe/Walpen und Schui/Blankenburg sich in ihren Texten (sich) stärker auf die Akteure neoliberaler Weltanschauung und ihr erfolgreiches Agieren zur Durchsetzung eines hegemonialen Blocks konzentrieren (vgl. Schui 2002 S.70 ff, Walpen 2004 S.84 ff), nimmt Candeias dies zwar auf, setzt sich aber stärker mit der sozioökonomische Umsetzung und dem damit stattfindenden Wandel im

⁶ Walpen, Bernhard 2004: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft;
Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie 2002: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis;
Candeias, Mario 2004: Neoliberalismus Hochtechnologie Hegemonie

Akkumulationsregime auseinander.

Walpen und Candeias beschrieben den Neoliberalismus als hegemoniales Projekt und historischen Block, der gerade durch seine Anpassungsfähigkeit und Flexibilität erfolgreich ist und jeden bisher versuchten Angriff abwehren konnte. Die Stärke des neoliberalen Modells ist gerade seine Offenheit für Veränderungen und Kritik, sowie seine Einbettung in einen breiten intellektuellen und ebenso wissenschaftlichen wie medialen Diskurs, der wenig klare Grenzen zieht, aber gerade dadurch umfassend wirkt und in das Alltagsleben der Menschen Eingang findet. Schui/Blankenburg unterstützen diese Analyse des Neoliberalismus und ordnen die verwirrend und gegensätzlich erscheinende Theoriebildung neoliberaler Vordenker nach Angriffspunkten. Beginnend mit der Opposition gegen den als Vorstufe zum, wenn nicht sogar direkt als Sozialismus diffamierten keynesianischen Wohlfahrtsstaat⁷, breiten sich neoliberale Theorien in immer weitere Bereiche der Gesellschaftsorganisation aus und etablieren dort das Marktmodell und ihr Konzept einer freiheitlichen, offenen Gesellschaft. Von Fukuyama wird das Ende der Geschichte proklamiert, weil der Kapitalismus übrig geblieben ist und nun der Neoliberalismus als Realität herrscht. Der Mythos des Neoliberalismus ist diese Realität. Er entfaltet eine Ideologie, die nichts will als sich „*der Realität beugen*“ wie Robert Misik es formuliert, wobei der Neoliberalismus selbst sich natürlich frei von jeglicher Ideologie wähnt wenn er sich auf die Realität bezieht⁸. Im Folgenden werden ein Überblick über die Theorie und Ideologieentwicklung und ihre Zielrichtung gegeben und damit auch die zu Beginn genannten Thesen behandelt.

5.1 Mont Pélerin oder von der Idee zur Realität

Die Feinde des keynesianischen Verteilungsstaates organisierten sich, wie schon erwähnt noch vor dem zweiten Weltkrieg im Colloque Walter Lippmann. Nach dem zweiten Weltkrieg folgte der zweite Schritt: die Organisierung der Mont-Pélerin-Gesellschaft, in der alle wichtigen (damals noch gesellschafts- wie wirtschaftstheoretisch isolierten) neoliberalen Theoretiker mitwirkten. Von Hayek, über Friedmann, Buchanan etc. stellten sie die Grundlage für die wachsende Gemeinde neoliberaler Theoretiker in Politik und Wirtschaft (vgl. Walpen 2004). Die Akteure neoliberaler Hegemonialbestrebungen gehen dabei weit über nationalstaatliche

⁷ Hayek schreibt 1944 das Buch „Der Weg zur Knechtschaft“

⁸ Dass diese Selbstsicht aus der neoliberalen Theorie heraus folgerichtig ist, weil das eigene Handeln nur im Rahmen eines unverständlichen größeren Systems stattfindet, welches die Realität selbst ist, wird im Abschnitt 5.1.näher erläutert.

Orientierung heraus und organisieren den neoliberalen Block auf transnationaler Ebene vor allem im zivilgesellschaftlichen Bereich mit unterschiedlichsten Think Tanks und Instituten. Diese greifen auf unterschiedlichen Ebenen in die politischen Auseinandersetzungen und die wissenschaftliche Theoriebildung ein, wobei kurzfristige Erfolge (wie z.B. die Chicago Boys in Chile) ebenso gewollt sind wie die langfristige Verfolgung des Hegemonialanspruches. Hayek ging davon aus, dass eine Durchsetzung neoliberaler Ideen zwei Generationen⁹ brauchen würde (vgl. Walpen 2004 S.111ff) und er sollte damit recht behalten. Mit der Ölkrise der 70er Jahre wuchs der Einfluss der Neoliberalen sukzessive, mit jeder konservativen Regierung, die Wahlen gewann, stieg ihr Einfluss. Walpen macht dies in einem Schaubild der Institutsgründungen, die von der Mont-Pelerin Gesellschaft ausgehen deutlich (Walpen 2004 S.405), wonach ab 1970 die Gründungen neoliberaler Think-Tanks sprunghaft von neun auf zwanzig Gründungen in der Dekade ansteigen. In Folge des Mauerfalls 1989 kommt es zu einer weiten Stärkung und Ausdehnung neoliberaler Hegemonie, was durch die in vielen Ostblockstaaten angewandte „Schocktherapie“ (also die radikale Privatisierung) bei der Umstellung der Wirtschaft deutlich wird. Mit der Resozialdemokratisierung Ende des Jahrtausends (Wahlen in Großbritannien, USA, Deutschland und Frankreich) scheint der Neoliberalismus in den USA und der EU etwas zurückgedrängt zu werden. Allerdings täuscht dieser Anschein, wie die Umsetzung der neuen „sozialdemokratischen“ Politik erkennen lässt, (vgl. Kapitel 4.4) während die weitere Neoliberalisierung und damit Ökonomisierung immer größerer Gesellschaftsbereiche gerade erst durch sozialdemokratische Parteien ermöglicht und gefördert wird. Dies hängt damit zusammen, dass der Neoliberalismus, um im Gramscis Sinne hegemonial werden zu können, aus einem Klassenbündnis bestehen muss das ihn trägt (Gramsci bezeichnet den Staat in seinen Gefängnisheften als *"politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt, Hegemonie, gepanzert mit Zwang"* [zit nach Neubert 2001 S.58]) und eben nicht nur aus Zwang bestehen darf (sonst wäre es einfach nur Dominanz, nicht Hegemonie) sondern eben auch aus gesellschaftlichem Konsens¹⁰. Um diesen Konsens zu erreichen muss das hegemoniale

⁹ Es war für Hayek seit 1944 evident, „that the most important change which extensive government control produces is a psychological change, an alteration in the character of the people. This is necessarily a slow affair, a process which extends not over a few years but perhaps over one or two generations.“ Plehwe/ Walpen 1999 S.209)

¹⁰ „Die normale Ausübung der Hegemonie auf dem Terrain, das für das parlamentarische Regime klassisch geworden ist, ist von der Kombination von Gewalt und Konsens charakterisiert, die sich in unterschiedlichen Maße ausgleichen, ohne das die Gewalt den Konsens zu sehr übersteigt; so versucht man zu erreichen, dass die Gewalt auf den Konsens der Mehrheit gestützt scheint, was die so genannten Organe der öffentlichen Meinung ausdrücken - Zeitungen Assoziationen - die deshalb in bestimmten Situationen künstlich vermehrt werden. Zwischen dem Konsens und der Gewalt steht die Korruption

Projekt des Neoliberalismus auf verschiedene Ansprüche und Veränderungen in der gesellschaftlichen Entwicklung eingehen, dieselben in sich aufnehmen¹¹ und wird dadurch selber verändert (was zu zusätzlichen Inkonsistenzen führen kann). Diese Inkorporation von gesellschaftlichen Veränderungsansprüchen ermöglicht eine „passive Revolution“ (die Aufnahme und Normsetzung neoliberaler Ideen im Alltagsverstand), welche die entstehenden Widersprüche und die im hegemonialen Block daher auftretenden Risse überdeckt. So ist der Siegeszug der neoliberalen Ideologie bisher ungebrochen. Hayeks kulturelle Evolution hat gewirkt, „solange 2% Inflation heute mehr denn je gefürchtet werden als 10% Arbeitslosigkeit“ (vgl. Schui 2002 S.74).

5.2 Die Angriffspunkte neoliberaler Theorien

Die neoliberalen Vordenker Hayek und Friedmann konzentrieren sich zu Beginn ihrer Arbeit auf den Angriff gegen den Keynesianismus, der ihrer Ansicht nach exemplarisch für die von Menschen geregelte Welt steht und das allherrliche Marktsystem erfolgreich in Frage stellt.

1. Sie argumentieren, dass die Nachfragepolitik mit Vollbeschäftigung in längerer Frist zu unhaltbaren Inflationsraten führe, weil die Unternehmer, um die Gewinnspanne zu halten bei steigendem Löhnen -und damit staatlichem Eingriff in die Outputsteuerung- die Preise erhöhen, was inflationäre Wirkung hat. Der erste Baustein neoliberaler Politik und auch erster Angriffspunkt gegen den Keynesianischen Wohlfahrtsstaat ist damit beschrieben: der Monetarismus, der eine niedrige Inflationsrate zum Ziel hat um Wert erhaltend zu wirken und Lohnsteigerungen zu verhindern. Die Folge ist eine Politik der Kostensenkung bei wohlfahrtstaatlichen Ausgaben und Löhnen anstelle einer Inflationsbekämpfung auf Preisebene(die einen weiteren Schritt der Sozialisierung und Entmarktlichung bedeutet hätte). Der staatliche Investitions- und Umverteilungsapparat wird also sukzessive zurückgefahren. Die Staatsausgaben

und der Betrug - was für bestimmte Situationen charakteristisch ist, in denen die Ausübung der hegemonialen Funktion schwierig ist.“ (Gramsci Quaderni S.1638 zit nach Kebir 1991)

¹¹ Zwei Beispiele seien hier genannt: Der Neoliberalismus nimmt den von den 68ern kommenden Impuls des Widerstandes gegen allumfassende staatliche Regulierung und den Wunsch nach Selbstbestimmung auf, „verrückt“ ihn und lenkt ihn in die Bahnen der Individualisierung und verstärkten Eigenverantwortung. Als zweites sei der Bereich der feministischen Emanzipation erwähnt, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Auflösung fordistisch-patriachaler Arbeitsverhältnisse zum Ziele hatte. Diese Forderungen werden im Neoliberalismus durch Prekarisierung und Flexibilisierung sowie das Aufbrechen des Normalarbeitsverhältnisses umgesetzt, allerdings in der Form wieder verrückt, als das eine starke Unsicherheitskomponente hinzukommt und die Prekarisierung weiter Teile der Arbeitswelt die Arbeit von Frauen in dieser Form erzwingt um den Lebensunterhalt zu sichern.(vgl Candeias 2004 S.255 ff)

finanzieren sich zu größeren Teilen aus den Steuern der Arbeitnehmerschaft und diese werden aufgrund der Arbeitslosigkeit sowie nicht mehr steigenden Löhne stärker belastet. Die Umverteilungswirkung findet nur noch unter den abhängig Beschäftigten statt, während die Profitrate der Unternehmen steigt und ihre Steuerquote mit dem Argument fehlender Investition sinkt (wir erinnern uns: Kapitalmangel ist eigentlich ein Problem protoindustrieller Gesellschaften, neoliberale Lobby und Theoriearbeit hat diese Erkenntnisse erfolgreich diskreditiert.). Die Folge sind schlechte Anlagemöglichkeiten in Sachanlagen - wegen fehlender Nachfrage durch die Umverteilung von Unten nach Oben (Steuererleichterungen, Lohnsenkungen) und eine Verschärfung der (auf Märkten tendenziell vorhandenen) Überakkumulation -, was wiederum zu einer Flucht in Börsenanlagen führt anstatt in die Stützung der Nachfrage. Mit dem Erfolg des Monetarismus in der Wirtschaftspolitik (in den letzten 20 Jahren wurden fast alle europäischen Zentralbanken durch politische Entscheidungen unabhängig) ergab sich ein Vorrang von Geldpolitik gegenüber der Fiskalpolitik der keynesianischen Zeit.

2. Der nächste Schritt neoliberaler Theorieentwicklung nach der erfolgreichen Infragestellung und Aushöhlung wohlfahrtsstaatlicher Politik, ist die Durchsetzung der Universalität des Marktprinzips. Der Markt und die Maximierung des individuellen Nutzens durch den homo oeconomicus werden als universale Organisationsprinzipien menschlichen Zusammenlebens charakterisiert¹², wobei sie eben nicht einen Zweck haben, sondern der Zweck selbst sind. Der Wohlstand entsteht aus dem egoistischen Verhalten Einzelner, das, vermittelt über den Markt, zum Wohlstand für alle führt. Der Einzelne ist also ein unwissendes Subjekt, das einem größeren Prozess handlungsunfähig gegenübersteht, es sei denn, es hält sich an die Spielregeln der Superstruktur. Diese Konstruktion ermöglicht es, das Marktprinzip absolut zu setzen. Wenn man sich nicht an die Spielregeln hält, funktioniert der Gesamtzusammenhang nicht (z.B. durch regelnden Eingriff in das Marktgeschehen). Das Unbewusste ist also Ursprung des Funktionieren des Marktes, wodurch politisches Eingreifen - das ja bewusst ist - zum Versagen des Modells führt und deshalb nicht zulässig ist. Aus dieser Sichtweise haben sich also - wie Schui/Blankenburg schreiben -: *“Kapitalismus und Marktgesellschaft nicht herausgebildet, damit sie Wohlstand mehren, sondern sie*

12 Z.B. schreibt Gary S. Becker: „In der Tat bin ich zu der Auffassung gekommen, dass der ökonomische Ansatz so umfassend ist, dass er auf alles menschliche Verhalten anwendbar ist, sei es nun Verhalten, das monetär messbar ist oder unterstellte >Schatten<-Preise, seien es wiederkehrende oder seltene Entscheidungen, handle es sich um emotionale oder nüchterne Ziele, reiche oder arme Menschen, Männer oder Frauen, Erwachsene oder Kinder, kluge oder dumme Menschen, Patienten oder Therapeuten, Geschäftsleute oder Politiker, Lehrer oder Schüler (zit nach Candeias 2004 S.89)

sind das Ergebnis von Evolution, weil sie Wohlstand mit sich brachten.“ Genau hier ist der Ansatzpunkt sozialdarwinistischer und biologistischer Theorien, wie sie von Herrnstein und Murray verbreitet wurden. Bernhard Walpen schreibt: *“Basierend auf biogenetischen Annahmen und mit Hilfe von Statistiken versuchten Murray und Herrnstein den Nachweis zu erbringen, dass Armut und sog. Sozialpathologien biologisch bedingt seien, was sich daran zeige, dass der sog. Intelligenz-Quotient bei den davon betroffenen Menschen am unteren Ende der Skala befinde.“* (Walpen 2004 S.210) Nach der Absolutsetzung des Marktmodells und der Diskreditierung bewusster Steuerung gegenüber unbewusstem Handeln und der Verbindung von Evolutionstheorie mit Sozialpolitik, folgt die weitere Ausdifferenzierung neoliberaler Theorie, ihr Übergreifen in die Politik.

Wenn das politische Handeln schon durch den Markt als Primat schon ersetzt worden ist, ist die Anwendung des Marktprinzips auf die Demokratie selber nur folgerichtig.

3. Weiterverfolgt wird diese Idee eben durch Arrows Ausweitung des Marktsystems auf demokratische Wahlen, die quasi als politischer Markt verstanden werden. Mit der Wandlung von demokratischen Elementen in Marktmechanismen findet eine Entdemokratisierung statt, die zu einer Entpolitisierung führt wie Bodo Zeuner in seinem Aufsatz „Entpolitisierung ist Entdemokratisierung“ 1997 ausführt. Da der Markt nicht selbst für sein reibungsloses Funktionieren sorgt, muss also der regulierende Aspekt beseitigt werden: die demokratische Regulierung des Marktes durch den Staat. Zeuner macht drei Tendenzen auf, wovon sich zwei kritisch auf den Neoliberalismus beziehen: 1.Globalisierung und Dezentralisierung kapitalistischer Ökonomie und ihre Stützung durch neoliberale Marktideologie vernichtet politische Gestaltungsspielräume und 2.Treten aktiv forciert Verhandlungssysteme, Expertokratien an die Stelle demokratischer Politik und damit politischer Auseinandersetzung. Bestes Beispiel dafür sind die Steuerdiskussionen in Deutschland, die zunehmend von Experten und Professoren geführt werden und auf ihr Funktionieren hin geprüft werden, nicht aber mehr auf ihre ursprüngliche Funktion als Aushandlungsergebnis der politischen und damit mehr oder weniger gerechten Verteilung von Staatseinnahmen und Ausgaben.(vgl. Zeuner 1997 und Kirchhoff 2005)

4. Die Lücke in der gesamtgesellschaftlichen Marktorganisation, die ja von neoliberaler Seite durchaus gesehen wird, wird hier durch staatlich- gesellschaftliche Institutionen geschlossen. Da aber diese Systeme Transaktionskosten verursachen,

müssen sie ebenso möglichst marktförmig organisiert werden, um dieselben möglichst niedrig zu halten. Die Umsetzung folgt dabei dem schon erfolgreichen Weg der Infragestellung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen: kritisieren, in Frage stellen, in der Funktion aushöhlen, die Ineffizienz der Grundannahme (also des regulierenden eingreifens) zuschreiben und dann ein wettbewerbsgeregeltes Modell als Ersatz vorschlagen.

(vgl. Candeias 2004 S.89 ff, Walpen 2004, Schui/Blankenburg 2002, Bischoff 2003)

5. Als Ziel der neoliberalen Theorien steht im Ergebnis der Ideologieproduktion und kulturellen Evolution zur offenen Markgesellschaft die spontane Ordnung (vgl. Walpen 2004 S.51 ff, Popper 1992), wobei die Demokratie hier deutlich in den Hintergrund tritt¹³. Dass sich dabei die verschiedenen neoliberalen Theorien durchaus widersprechen, wie die von Hayek beschriebene Staatsführung durch einen Rat der Weisen oder Buchanans Gesellschaftsvertragstheorie, ist der Gesamtidee der Durchsetzung neoliberaler Gedankenwelt nicht hinderlich. Im Gegenteil trägt sie sogar zur Herstellung und zum Erhalt der Hegemonie neoliberalen Denkens und Handelns bei, weil scheinbar kein dogmatisches Theoriegebäude verteidigt wird sondern Pluralität herrscht (vgl. Plehwe/Walpen 1999). Dass diese Pluralität sich aus den gleichen Grundlagen und Annahmen speist, wird dabei oft übersehen oder bewusst verschleiert. (vgl. Walpen 2004, Candeias 2004, Schui/Blankenburg 2002, Bischoff 2003)

5.3 Freiheit: negativ.

*Das Denkmuster, wonach eine höhere Macht schon alles richtet,
wenn der Staat sich nur heraus hält,
hat eine Jahrhunderte lange Tradition.
Es findet sich schon bei Thomas von Aquin.
Die höhere Macht war bei ihm der "liebe Gott".
Das Zeitalter, das durch diesen Grundgedanken geprägt war,
nannte man übrigens "Mittelalter".*

(Rudolf Dressler)

Dass das neoliberale Ideologiemodell tendenziell antidemokratisch ist, wohlfahrtsstaatsfeindlich agiert und zu seiner Durchsetzung systemimperialistisch vorgeht habe ich im vorhergehenden Abschnitt zu verdeutlichen versucht. Im Weiteren

¹³ Hayek schreibt verständnisvoll „das Menschen mit den besten Absichten“ dazu getrieben werden zur Durchsetzung einer freien Gesellschaft „nach einer Regierung verlangen, die die Macht besitzt, der Gesellschaft jene Ordnung aufzuzwingen, die sie nicht aus sich selbst heraus schaffen kann. Wenn es auch gute Gründe gibt, eine beschränkte demokratische Regierung einer nicht-demokratischen Regierung vorzuziehen, so muss ich doch gestehen, dass ich eine beschränkte nicht-demokratische einer unbeschränkt demokratischen[...] vorziehe.“ (zit nach Candeias 2004 S.99)

will ich noch auf die, diesem Gesellschafts- und Theoriemodell zugrunde liegenden Annahmen zum menschlichen Leben eingehen.

Neoliberale Theorien basieren auf dem Individuum und seinem „freien Willen“ und egoistischer Neigung sein Eigentum zu schützen und zu vermehren (der rational handelnde Nutzenmaximierer). Die Individuen tragen nach liberaler Vorstellung durch ihr egoistisches Handeln dazu bei, den Wohlstand für alle zu vergrößern. Dabei ist die Grundlage wie schon im zweiten Kapitel erwähnt eine freie Vertrags- und Tauschgesellschaft. Frei heißt wie oben ausgeführt Abwesenheit von Zwang. Dieser Zwang ist allerdings nur bezogen auf den direkten Zwang Personen gegenüber außerhalb des Tauschverhältnisses, d.h. Zwang wird ausgeübt wenn z.B. Eigentum eingeschränkt oder sich widerrechtlich angeeignet wird. Dass der Zwang, aufgrund der Abwesenheit von Eigentum seine Arbeit verkaufen zu müssen und doppelt freier Lohnarbeiter zu sein wie Marx es beschrieben hat (vgl. Marx 1859), ebenso ein Zwang ist, ist für Neoliberale kein Argument¹⁴.- Um diesen eigentumseinschränkenden Eingriff zu verhindern, welcher der größte Feind liberaler Gesellschaftsordnung ist, kommen die Individuen über Vertrag überein, diese Rechte auf Freiheit und Eigentum durch einen Staat zu sichern, der nur dafür verantwortlich ist, diese Rechte zu erhalten und nötigenfalls mit Gewalt durchzusetzen. Natürlich erscheint diese Situation ambivalent, weil der Staat damit die Möglichkeit bekommt, auch gegen diese Vereinbarungen zu handeln und/oder ein eigener Akteur wird, der die Freiheit einschränken kann (vgl. Hobbes 1651). Genau dies ist nach Meinung der neoliberalen Theoretiker durch den Wohlfahrtsstaat geschehen, wobei noch hinzu kommt, dass dies nicht die Schuld der Staates ist, sondern die Schuld von kollektiv organisierten Interessensgruppen wie den Gewerkschaften, die den Staat -weil er zu schwach war- übernommen haben und nun gegen die ursprünglichen Grundlagen handeln lassen (vgl. Walpen 2004 S.116). Dies muss umso schlimmer erscheinen, als die Idee neoliberalen individuellen Handelns eine nur eingeschränkt rationale ist. Zwar soll das Individuum sich auf dem Markt rational verhalten und die rationalen Spielregeln des Marktes einhalten. Die Rationalität darf aber nicht soweit gehen, das Marktmodell und

14 Hayek schreibt: „Auch wenn ihn selbst und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärtige Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinn gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen zu zwingen. Solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalls, der seine Gesundheit schädigt“ (zit nach Schui/Blankenburg 2002 S.109)

seine Spielregeln oder Funktion in Frage zu stellen. Der Mensch ist nämlich beschränkt in seinen geistigen Fähigkeiten und kann deshalb keinen Gesamtüberblick über das Marktgeschehen haben, sondern muss der Funktion des Marktmechanismus vertrauen, Demut vor ihm haben oder wie Hayek schreibt: *„im allgemeinen sich den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen die niemand geplant hat und deren Ursache vielleicht niemand versteht.“* (zit. nach Schui/Blankenburg 2002 S.103) Nun ist auch deutlich, warum Freiheit nicht positiv formuliert ist, denn positive Freiheit hieße Freiheit zu etwas, in die Lage versetzt werden seine eigenen Entscheidungen zu treffen, seine Umwelt zu verändern und damit Einfluss auf ein System wie das Marktmodell zu nehmen. Das aber hieße die Zerstörung des neoliberalen Systems und muss deshalb aus Sicht desselben ausgeschlossen werden. Auf der einen Seite soll also rational gehandelt werden, auf der anderen Seite aber nur im Rahmen des nicht zu hinterfragenden und verstehenden Marktmodells. Schui/Blankenburg halten diese Konstruktion für antiaufklärerisch und damit tendenziell gefährlich nah an einem Rückfall in die Barbarei, eine Meinung der ich mich nur anschließen kann.

6. Fazit: die Durchsetzung der eigenen Modernität

Zusammenfassend will ich viererlei festhalten:

1. Neoliberalismus ist eine hegemoniale Ideologie, die durch politisches Handeln und die Formierung eines neuen historischen Blocks durchbrochen werden kann und somit nur eine eingeschränkte Gefahr für den Sozialstaat darstellt.
2. Die Rettung sozialstaatlicher Gedanken und die Reaktivierung solidarischer Gesellschaftsorganisation war allerdings noch niemals so schwer wie zur Zeit, weil die ideologische Durchdringung und Vorherrschaft im Gegensatz zum realexistierend-sozialistischen System weit weniger orthodox erscheint. Damit hat sie eine viel größere Beharrungskraft, auch wenn die ideologische Bindung wie Religion und Befreiungstheorie lang nicht so hoch ist. Die scheinbar zweckrationale Handlungsmaxime und die Absolutsetzung der Realität ist der erfolgreichste Punkt der neoliberalen Hegemonie, weil sie einfach und verständlich für jedes handelnde Individuum ist und gleichzeitig den Aufstieg Aller (wie im „amerikanischen Traum“ formuliert) weiter zulässt und gegen jede Wahrscheinlichkeit zum Leitbild stilisiert. Hinzu kommt, dass es seit den protoindustriellen Zeiten keine stärkere militärisch-gewaltmonopolistische Absicherung ungleicher Lebensverhältnisse gab. Die umfassenden

Überwachungs- und Sicherungsmöglichkeiten privaten und materiellen (und mittlerweile auch immateriellen) Reichtums sind mehr als exponentiell gewachsen und schaffen eine Legitimierung privaten Eigentums, die der offenen Gesellschaft so nahe kommt wie noch nie zuvor.

3. Es bleibt ebenso festzuhalten, dass es anscheinend möglich ist, die eigene Modernität gegen jegliches geschichtliche Gedächtnis durchzusetzen. Der Neoliberalismus baut auf genauso oder noch ältere und „überkommene“ Modelle und Grundannahmen auf wie sozialistische oder keynesianische Ideen. Trotzdem wird eine Legitimierung über das Vehikel des „modern“-Seins erreicht (und die normative Kraft des Faktischen als Zeuge hinzugezogen), die deutlich macht, wie wichtig der mediale Sektor mittlerweile ist und wie erfolgreich psychologische Verkaufsmomente sich in das Alltagsbewußtsein der Menschen einschreiben. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach moralischer Legitimierung ideologischer Grundlagen. Die Überwindung der moralischen Bedenken ist eine Lösung die zwar eine Idee weniger anziehungsfähig macht, ihre Erfolgswahrscheinlichkeit jedoch wie es scheint (wenigstens in der westlichen Welt) entscheidend erhöht.
4. Ein Gegenmodell zum herrschenden Neoliberalismus muss also folgendes erreichen:
 - Die Modernität der eigenen Idee in den Vordergrund stellen bzw. diese als modern verkaufen (in diesem Fall würde ich nicht einmal sagen, dass hier moralische Bedenken eine Chance haben sollten, denn was kann denn moderner sein in einer Welt, welche die Arbeitsteilung in unerdenkliche Ausmaße getrieben hat, als die solidarische, soziale und bewusste weltweite Aktion als Gemeinsamkeit dieser Menschen).
 - Die Vorstellung einer anderen Welt muss wahrnehmbar erfolgreich sein, bzw. (dies) so erscheinen, d.h. sie muss am Alltag der Menschen ansetzen, aber darüber hinausgehen. Menschen müssen Veränderungen und gesellschaftliche Kämpfe sehen und ihre Auswirkungen spüren können um ihr eigenes Handeln zu verändern (ein Ansatz hierzu ist z.B. Indymedia), ein sehr erfolgreiches Beispiel die boliviarische Revolution in Venezuela).
 - Das Projekt muss darüber hinaus den Willen zur Eigenverantwortung und die Individualität der Menschen ernst nehmen, weil damit die Regulation der Welt durch *Menschen* in den Vordergrund gestellt werden kann, die der Neoliberalismus verspricht aber nicht hält(siehe 5.3). Dadurch lassen sich emanzipatorische und

aufklärerische Impulse verdeutlichen, welche die neoliberale Ideologie gerade verneint (invisible hand, unerklärliche Systeme etc.).

- Die Standort-Ideologie in ihren Widersprüchen angreifen. (internationale Arbeitsteilung ist möglich, internationaler Ausgleich nicht; internationaler Handel ist sinnvoll, internationale Arbeitsstandards nicht usw.). Internationalismus muss also auf eine direkt erfahrbare Realität bezogen und verständlich gemacht werden, ohne den moralischen Zeigefinger zur einzigen Grundlage zu machen.

Und schließlich gilt es kapitalistische Verhältnisse nicht moralisch, sondern wissenschaftlich und aufgrund der eingeschränkten Produktivkraftentwicklung durch kurzfristige Gewinninteressen anzugreifen.

Um diese Ansprüche ein an ein linkes Gegenprojekt erfüllen zu können, ist es nötig einen gegenhegemonialen Block zu formieren, der international handlungsfähig ist und wieder die Interessen der Menschen statt scheinbar unveränderbarer Systeme vertritt. Dieser gegenhegemoniale Block muss ebenso transnational organisiert sein wie es die Kapitalfraktionen und ihre Think Tanks sind, allein schon weil die Fortdauer konstruierter oder tatsächlicher nationaler oder betrieblicher Gemeinschaften die eigentliche Spaltungslinie zwischen Oben und Unten erhält und die Anerkennung des Wettbewerbs und damit neoliberaler Hegemonie gestützt wird. Allerdings darf die Orientierung auf eine internationale Zivilgesellschaft und die Erringung der Hegemonie in derselben gegenüber neoliberaler Ideen und die Reregulierung gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht dazu führen, die Auseinandersetzungen auf ökonomischer wie vor allem staatlicher Ebene zu vernachlässigen. Nach Gramsci ist die bürgerliche Hegemonie in der Zivilgesellschaft zwar der letztendliche Grund für das Scheitern revolutionärer Umwälzungen, allerdings heißt das nicht umgekehrt, dass eine zivilgesellschaftliche Hegemonie den staatlichen Zwangsapparat und die ökonomischen Verhältnisse automatisch verändert, sondern auch dort muss die direkte Auseinandersetzung geführt werden. Gerade in den letzten Jahren zeigt sich deutlich, dass mit den Rissen des hegemonialen Blocks die Anwendung von Zwang international (Irak, Jugoslawien, Afghanistan) wie national (Antiterror Gesetze, Ausweitung innerer Sicherheit etc.) wieder verstärkt wird und entsprechend die Eroberung des Staates über Parteien weiterhin nötig ist. Die Aufgabe einer Linken ist es neben den alltäglichen Auseinandersetzungen und Rückzugskämpfen vor allem auf intellektueller Ebene *„der ahistorischen und atomistischen Vorstellungswelt des methodologischen Individualismus und seiner*

Modellkonstruktionen analytisch entgegenzutreten“ (Plehwe/Walpen 1999 S.229)
und eine moderne, über die fordistisch keynesianische Staatkonzeption
hinausreichende Idee solidarischen Zusammenlebens zu entwickeln.

7.Literaturverzeichnis

Aglietta, Michel 1997: Ein neues Akkumulationsregime VSA -Verlag Hamburg

Altmann, Jörn 2000: Wirtschaftspolitik, 7.Auflage Lucius&Lucius Stuttgart

Appelt, Erna/Weiss, Alexandra(Hrsg.) 2001: Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten; Argument Verlag, Hamburg

Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne, Suhrkamp

Bentham, Jeremy 1823: An Introduction to the Principles of Morals and Legislation, London

Beste, Hubert 2000: Morphologie der Macht- Urbane “Sicherheit” und die Profitorientierung sozialer Kontrolle Leske+Budrich Opladen

Bischoff, Joachim 2003: Entfesselter Kapitalismus –Transformation des Europäischen Sozialmodells, VSA-Verlag, Hamburg

Breuer, Stefan 1998: Der Staat- Entstehung, Typen,Organisationsstadien, Rowohlt Taschenbuch Verlag Hamburg

Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hrsg)1999: Herrschaft des Marktes –Abschied vom Staat? Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik

Candeias, Mario 2004: Neoliberalismus Hochtechnologie Hegemonie; Argument Verlag, Hamburg

Candeias, Mario/Deppe, Frank(Hrsg.) 2001: Ein Neuer Kapitalismus?; VSA Verlag, Hamburg

Conert, Hansgeorg 1998: Vom Handelskapital zur Globalisierung – Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, Westfälisches Dampfboot Münster

Demirovic, Alex 1998: Staatlichkeit und Wissen in: Görg,Christoph/Roth,Roland (Hrsg.): Kein Staat zu machen-zur Kritik der Sozialwissenschaften, Westfälisches Dampfboot, Münster

De.wikipedia.org: Thomas Hobbes

(http://de.wikipedia.org/wiki/Leviathan_%28Thomas_Hobbes%29)

De.wikipedia.org: Liberalismus

(<http://de.wikipedia.org/wiki/Liberalismus>)

De.wikipedia.org: Eigentum

(<http://de.wikipedia.org/wiki/igentum>)

De.wikipedia.org: Neoliberalismus

(<http://de.wikipedia.org/wiki/neoliberalismus>)

De.wikipedia.org: Neoklassik

(<http://de.wikipedia.org/wiki/neoklassik>)

De.wikipedia.org: Deregulierung

(<http://de.wikipedia.org/wiki/deregulierung>)

Deregulierungskommission 1990: Erster Bericht zum Abbau marktwidriger Regulierungen

Esping-Anderson, Gösta 1990: The Three Worlds of Welfare Capitalism; Princeton University Press, New Jersey

Fiehler, Fritz 1999: Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung in Prokla 115, 1999

Folke-Schuppert, Gunnar 1995: Rückzug des Staates? Zur Rolle des Staates zwischen Legitimationskrise und politischer Neubestimmung, in: Die Öffentliche Verwaltung, 18. Bd., 1995, S. 761-770

Fourcans, André 1997: Die Welt der Wirtschaft, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung

Gratz, Rosemarie 2002: (<http://www.freitag.de/2002/19/02190801.php>)

Gruppe Demontage 1999: Auf dem Weg zum Postfordismus in postfordistische Guerilla –Vom Mythos nationaler Befreiung Unrast

Guttmann, Robert 1996: Die Transformation des Finanzkapitals in: Prokla 103 1996

Hayek, Friedrich August von 1952: Individualismus und Wirtschaftliche Ordnung, Erlenbach/Zürich

Heise, Arne 2002: Versprochen und gehalten? Wirtschafts- und Beschäftigungspolitische Modernisierungskonzepte von Rot-Grün auf dem Prüfstand in: Arbeitspapiere zur politischen Ökonomie und ökonomischen Bildung Nr.4 (http://66.249.93.104/search?q=cache:NwvZmYIPtzYJ:www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/WP_POek/04-Modernisierungskonzepte.pdf+schr%C3%B6der+blair+arbeitsmarktflexibilisierung&hl=de)

Hobbes, Thomas 1651: Leviathan (http://www.infidels.org/library/historical/thomas_hobbes/leviathan.html 10.10.2005)

Jellinek, Georg 1959: Allgemeine Staatslehre, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt

Kebir, Sabine 1991: Anotonio Gramscis Zivilgesellschaft, VSA-Verlag Hamburg

Keller, Berndt 1999: Einführung in die Arbeitsmarktpolitik: Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmarkt in sozialwissenschaftlicher Perspektive, 6. Auflage Oldenbourg Verlag München

Koch, Klaus 1995: Die Gier des Marktes. Die Ohnmacht des Staates im Kampf der

Weltwirtschaft, München/Wien

Krätke, Michael 1999: Neoklassik als Weltreligion in: Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen (Hrsg): Die Illusion der neuen Freiheit, Kritische Interventionen 3 Offizin Verlag Hannover

Liberalismus.at (<http://www.liberalismus.at/texte/eigentum.php> 10.10.2005)

Lessenich, Stephan/Ostner, Ilona(Hg.) 1998: Welten des Wohlfahrtskapitalismus Frankfurt/New York

Locke, John 1689: Two Treatises on Government
(<http://www.lonang.com/exlibris/locke/> 10.10.2005)

Marshall, Alfred 1890: Principles of Economics
(<http://www.econlib.org/library/Marshall/marP.html> 10.10.2005)

Marx, Karl 1859: Zur Kritik der politischen Ökonomie in: Marx/Engels-Werke Dietz Verlag, Berlin. Band 13, 7. Auflage 1971, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1961, Berlin/DDR. S. 15-48

Mill, John Stuart 1995: Über die Freiheit, Reclam Verlag Stuttgart

Misik, Robert 1997: Mythos Weltmarkt – Vom Elend des Neoliberalismus; Aufbau Verlag, Berlin

Möller, Carola 2002: Immaterielle Arbeit: Die neue Dominante in der Wertschöpfungskette (<http://www.expertbase.net/forum/reader/moeller.html>)

Montesquieu, Charles Louis de Secondat de 1994: Vom Geist der Gesetze, Reclam Verlag Stuttgart

Narr, Wolf-Dieter/Roth, Roland 1996: Wider die verhängnisvolle neue Bescheidenheit: Kapitalismus ohne Alternative in: Prokla 103, 1996

Negri, Antonio/ Lazzarato, Maurizio/ Virno, Paolo 1998: Umherschweifende Produzenten ID-Verlag Berlin

Neubert, Harald 2001: Antonio Gramsci: Hegemonie - Zivilgesellschaft - Partei. Eine Einführung, Hamburg 2001

Nutzinger, Hans G.(Hrsg.)1986: Liberalismus im Kreuzfeuer - Thesen und Gegenthesen zu den Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Josef Knecht Verlag, Frankfurt a.M.

Novy, Andreas 2005: Internationale politische Ökonomie (<http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/ipo-titel.html>)

Oppenheimer, Franz 1990: Der Staat (<http://www.opp.uni-wuppertal.de/oppenheimer/st/staat0.htm> 10.10.2005)

Panitch, Leo 1998: Die Verarmung der Staatstheorie in: Görg, Christoph/Roth, Roland

(Hrsg.): Kein Staat zu machen-zur Kritik der Sozialwissenschaften, Westfälisches Dampfboot, Münster

Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard 1999: Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus in: Prokla 115 1999

Popper, Karl 1992: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 7. Auflage Tübingen

Ricardo, David 1979:Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, 2. durchges. Aufl., Akademie-Verlag Berlin

Ronneberger, Klaus/ Lanz,Stephan/ Jahn, Walter 1999: Die Stadt als Beute Dietz Bonn

Roth, Roland 1998: Postfordistische Politik in: Görg,Christoph/Roth,Roland(Hrsg.): Kein Staat zu machen-zur Kritik der Sozialwissenschaften, Westfälisches Dampfboot, Münster

Rousseau, Jean-Jaques 1968: Der Gesellschaftsvertrag und die Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart

Schäfers, Bernd 1995: Gesellschaftlicher Wandel in Deutschland Enke Verlag Stuttgart

Schmid, Bernhard 2002: (<http://www.labournet.de/internationales/fr/sozdem.html>)

Schmidt-Jortzig, Erhard 2004: Grundrechte und Liberalismus in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen.(Hrsg.) 2004: Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, Bd. 1 Entwicklung und Grundlagen. C. F. Müller, Heidelberg 2004.

Schröder, Gerhard/ Blair, Toni 1999:
(<http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html>)

Schumann, Jochen 1990: Geschichte der Wirtschaftstheorie. In: Das Wirtschaftsstudium (WISU), 19. Jg., Heft 10, S. 586-592

Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie 2002: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis VSA-Verlag Hamburg

Senett, Richard 2000: Der flexible Mensch Siedler

Smith, Adam 1776: An Inquiry into Nature and the Causes of the Wealth of Nations (<http://www.econlib.org/library/Smith/smWN.html> 2005)

Soros, Geroge 2001: Die offene Gesellschaft- Für eine Reform des globalen Kapitalismus Alexander Ferst Verlag Berlin

Stiglitz, Joseph 2002: Die Schatten der Globalisierung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Stöger, Roman 1997: Der neoliberale Staat – Entwicklung einer zukunftsfähigen

Staatstheorie, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden

Vester, Michael 2001: Soziale Milieus im Strukturwandel der Gesellschaft Bund-Verlag

Voigt, Rüdiger (Hrsg.)1993: Abschied vom Staat –Rückkehr zum Staat?, Nomos Baden-Baden

Walpen, Bernhard 2004: Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft; VSA Verlag, Hamburg

Walter, Rolf 2003: Wirtschaftsgeschichte – Vom Merkantilismus bis zur Gegenwart, Böhlau Verlag Köln

Weber, Max 1980: Wirtschaft und Gesellschaft 5.Auflage J.C:B. Mohr Tübingen

Woll, Artur 1990: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Franz Vahlen Verlag München

Zeuner, Bodo 1997: Entpolitisierung ist Entdemokratisierung in:
Schneider-Wilkes, Rainer (Hrsg)1997: Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik; Westfälisches Dampfboot, Münster

Zinn, Karl Georg 1997: Jenseits der Marktmythen –Wirtschaftskrisen: Ursachen und Auswege VSA Verlag, Hamburg

Theoriegeschichtereader des Seminars für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Freiburg i.Ue 2005 (http://www.unifr.ch/withe/PDF-Dateien/WiGe_Adam%20Smith_2005.pdf)